

## Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - 7. Parteitag - Februar-März 1924

9 Dokumente, 43 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente sind alle im zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit dem VII. Parteitag (8.-10. März 1924) entstanden. Die *Rote Fahne* sagte zwar voraus, dass die Beseitigung der „gebliebenen persönlichen Differenzen“ das Ergebnis des Parteitages sein werde, das sollte sich aber als Illusion herausstellen. Wie genau am Parteitag die Frontlinien verliefen, ist auch heute noch nicht völlig geklärt, denn die Protokolle wurden niemals publiziert, in der *Roten Fahne* erschienen lediglich neben technisch-administrativen Details das Begrüßungsschreiben der Komintern und einiger kommunistischer Parteien, allen voran der KPD, der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes und des Kassiers sowie das Referat des Vertreters der III. Internationale, Alois Neurath.

Dass aber nicht alles reibungslos im Sinne der bisherigen Parteimehrheit verlaufen war, dass musste selbst die Komintern-Führung eingestehen: Die tätlichen Auseinandersetzungen am Parteitag wurden zwar nicht thematisiert, aber der Tätigkeitsbericht des EKKI fasste die Situation zusammen: „Die Fraktion Frey hatte auf dem Parteitag eine Mehrheit von einer Stimme, es wurde eine paritätische Zentrale gebildet, die aber nicht zur Arbeit kam, da sich ein Direktorium bildete, welches die Führung der Partei übernahm.“<sup>1</sup> Davon berichtete die *Rote Fahne* nichts, sie führte lediglich aus, dass zur Überwindung jeder fraktionellen Betätigung ein neues Pol-Büro und eine neue Parteileitung gewählt wurden.<sup>2</sup> Die Ankündigung der *Roten Fahne* musste aber bereits als Drohung verstanden werden: „Fraktionskämpfe oder Versuche fraktioneller Betätigung werden keinen Augenblick länger geduldet.“<sup>3</sup>

Manfred Scharinger, 3.5.2026

---

<sup>1</sup> Zitiert in: Keller, Fritz: Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ - Trotzlisten und andere Gruppen 1919-1945. - Wien 1978, S.38

<sup>2</sup> Rote Fahne, 12.3.1924, S.1

<sup>3</sup> ebenda, S.1

## KPÖ - innerparteiliche Dokumente - 7. Parteitag - Februar-März 1924

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Gottlieb Fiala, KPÖ-Reichssekretariat	An alle Bezirks- und Lokalorganisationen	2.2.1924	3
2	Karl Tomann	Der Gewerkschaftsrat beschließt... [Gewerkschaftsthesen mit Änderungen und Ergänzungen]	[ca. Februar/März 1924]	4
3	Alois Neurath	Zum Parteitag. Entwurf der politischen Resolution [1. Seite beschädigt]	[ca. Februar/März 1924]	7
4	Alois Neurath, Jenö Landler, Max	Resolution zur politischen und wirtschaftlichen Lage Österreichs	[ca. Februar/März 1924]	7
5	Delegation der Ortsgruppe XII, Wien	Thesen zu den organisatorischen und agitatorischen Aufgaben der Partei	[ca. Februar/März 1924]	3
6	xxx	Resolution [betreffend Rücknahme des Ausschlusses von Tober und Forst]	[ca. Februar/März 1924]	1
7	Delegation der Ortsgruppe XXI, Wien	Resolution zum Bericht	[ca. Februar/März 1924]	2
8	xxx	Resolution zur Zusammensetzung des Parteitages	[ca. Februar/März 1924]	1
9	[Frey-Fraktion]	Um welche Fragen geht der Parteistreit	[ca. Februar/März 1924]	15
				<b>43</b>

Wien, am 2. Februar 1924.

An alle Bezirks- und Lokalorganisationen.

Werte Genossen!

Zum Parteitag.

Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Parteitag auf den 9. März einzuberufen. Den Vertrauenspersonen und allen Mitgliedern der K.P.Ö. ist es bekannt, dass von den Verhandlungen und den Ergebnissen dieses Parteitages für den Bestand und die fernere Entwicklung der K.P.Ö. ausserordentlich viel abhängt. Das erste was wir alle fördern müssen ist, dass sich alle Delegierten der grossen Verantwortung bewusst werden, die auf ihnen lastet. Rechtzeitig will daher der Parteivorstand nicht nur den Delegierten, sondern der ganzen Partei, und im wesentlichen vor der Öffentlichkeit, das Material unterbreiten, das den Arbeiten des Parteitages zugrundegelegt werden soll. Wir wollen hier die wichtigsten Punkte aufzählen, über die wir noch vor dem Parteitag mögliche Klarheit schaffen müssen.

Der Fraktionsstreit, seine Ursachen und seine Überwindung.

Die Fraktionskämpfe in der K.P.Ö. sind fast so alt wie die Partei. Die österreichische Sektion der II. Internationale war in denkbar grösstem Ausmass dem Einfluss der führenden Persönlichkeiten und Theoretiker der II. Internationale unterworfen. Die grössten Demagogen der II. Internationale standen und stehen an der Spitze des grösseren Teiles der österreichischen Arbeiterschaft. Das ist natürlich nur eine und nicht einmal die wesentlichste Ursache der Stärke der sozialdemokratischen Bewegung Deutschösterreichs. Von nicht geringer Bedeutung ist die Tatsache, dass sich die ganze Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe nach 1918 in einer anderen Weise vollzog als in den übrigen kapitalistischen Staaten Europas. Dazu kommt ferner, dass es die Sozialdemokraten stets ausgezeichnet verstanden haben, immer im letzten, aber doch auch wieder im richtigen Augenblick, ihre sozialpatriotische Tätigkeit einzustellen, sich, wenigstens scheinbar, von der Bourgeoisie loszulösen und als Klassenkampfpartei aufzutreten. Jedenfalls war die K.P.Ö. dieser überaus raffinierten Taktik der sozialdemokratischen Partei Österreichs fast niemals oder nur in den seltensten Fällen gewachsen. Schliesslich darf man in dieser Zeit wohl auch die Wahrheit aussprechen, dass die Führung der K.P.Ö. meistens nicht sehr glücklich zusammengesetzt war.

Wir wollen nicht zu ausführlich dieses Kapitel behandeln, da wir das erstens schon in vielen Versammlungen und Konferenzen getan haben und da ferner die Geschichte der Fraktionskämpfe in der K.P.Ö. unseren Vertrauenspersonen keineswegs unbekannt ist. Aber soviel wollen wir doch bemerken, dass die fraktionellen Streitigkeiten ihren tatsächlichen Umfang nie erreicht hätten, wenn in den Zentralinstanzen der Partei die unmittelbare Vertretung der Arbeiterschaft stärker gewesen wäre. Die Vertrauenspersonen der K.P.Ö. wissen, dass die Kommunisten jede Notze gegen die Intellektuellen nicht nur ablehnen, sondern energisch bekämpfen. Diese selbstverständliche Haltung darf uns aber keineswegs dazu verleiten, diejenigen Ursachen hervorzuheben, auf die in der Hauptsache der Fraktionskampf zurückzuführen ist. Der unmittelbare und tatsächliche Einfluss der Arbeiter auf die Leitung der Partei, kam bis jetzt zu wenig zum Ausdruck. Wir sagen daher ganz offen, dass sich der neue Parteivorstand in seiner überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern zusammensetzen muss. Dies entspricht den Kongressen der Kommunistischen Internationale, sowie der vom EKKI an uns gesandten Resolution. Die zweite

voraussetzung für die tatsächliche Überwindung der Fraktionskämpfe besteht unserer Meinung nach in der Massnahme, in den neuen Parteivorstand keinen Genossen zu delegieren, der sich während der letzten Zeit im fraktionellen Kampf besonders exponiert hat oder gar als Fraktionsführer gelten kann. Das bedeutet keineswegs, dass diese Genossen und ihre Fähigkeiten der Partei nicht erhalten werden sollen. Für jeden, der der Partei ehrlich dienen, der ihr helfen will das Gift des inneren Fraktionsstreites zu überwinden, der wird ohne an der Spitze zu stehen, in der Bewegung Nützliches leisten können.

Dass diese Voraussetzungen wirklich geschaffen werden, das hängt von dem Willen aller unserer Mitglieder ab. Während der letzten Wochen konnte man sich davon überzeugen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter . . . . . den Fraktionskampf nicht wollen, dass sie gerne bereit sind, ihn auszuweichen, dass sie diejenige Ordnung in die Partei bringen möchten, die notwendig ist, wenn die Partei ihre schweren Aufgaben erfüllen soll. Und nur mit der ausgesprochenen Hilfe der Arbeiter wird der Parteitag imstande sein, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die in Interesse des Aufbaues und der Entwicklung der kommunistischen Bewegung Österreichs erforderlich ~~sind~~ sind. Wir wenden uns daher nicht nur an die Vertrauenspersonen, sondern an alle Mitglieder der Partei, darauf zu sehen und zu achten, dass nur solche Genossen als Delegierte gewählt werden, die ganz ausdrücklich gegen den Fraktionskampf sind und die sich unzweideutig dahin erklären, dass sie direkt für die Schaffung der oben angeführten Voraussetzungen, für die absolute und dauernde Liquidierung der parteiZERSETZENDEN Streitigkeiten arbeiten wollen.

Mitteilungsblatt.

Der Parteivorstand hat ferner beschlossen, in jeder Sonntags-Nummer der "P.F." bis zum Parteitag in einer separaten Beilage das Material (Resolutionen, Anträge, Forderungen) zu veröffentlichen. Unsere Vertrauenspersonen und Mitglieder werden gebeten, zu den Resolutionen sofort Stellung zu nehmen.

wird uns freilich nur ein beschränkter Raum zur Verfügung stehen. Aber da es sich nur darum handelt, die wirklich strittigen Sätze des vom Parteivorstand zur Veröffentlichung gelangenden Materials zu besprechen, werden wir wohl mit der Beilage unser Auslangen finden können. Selbstverständlich kann der Parteivorstand nur solche Anträge und nur solche Ausserungen veröffentlichen, die mit dem Fraktionskampf nichts zu tun haben oder die nicht geeignet sind, den Fraktionskampf zu beleben oder zu fördern. Wir machen vorsichtigerweise nochmals auf den kleinen Raum der Beilage aufmerksam und bitten alle Genossen, die uns Bemerkungen zur Veröffentlichung schicken, sich ebenso klar auszudrücken wie kurz zu fassen.

### Zur Verbreitung der „Roten Fahne“.

Der neue Parteivorstand hat sich in erster Linie bemüht, unser Parteiblatt besser auszugestalten. Wir haben keineswegs die Absicht, die Leistungen des Parteivorstandes auf diesen Gebiete zu übertreiben, aber wir dürfen wohl sagen, dass die Absicht zum Teil gelungen ist, dass das Blatt wirklich besser geworden ist. Soll der Parteitag wirklich erfolgreich arbeiten können, dann ist es in aller erster Linie nötig, dass unser Parteiblatt zunächst in unseren eigenen Reihen gut verbreitet wird. Unsere Mitglieder müssen nicht nur unser Blatt, sondern besonders jetzt vor dem Parteitag alle jene Mitteilungen und Veröffentlichungen genau kennen lernen, die sich auf die Arbeiten des Parteitages beziehen. Den Parteitag wird es sehr interessieren zu hören, welche Bezirke in der Werbeaktion für die „R.F.“ besonders gute Erfolge zu verzeichnen haben. Für eine derartige, der Partei überaus nützliche Tätigkeit wird der Parteitag jedanfalls viel mehr Verständnis haben, als für jede Art fraktioneller Tätigkeit.

### Die Anzahl der Delegierten und die Abrechnung der Parteibeiträge.

Ihr wurdet bereits davon verständigt, dass für die Wahl der Delegierten der alte Berechnungsschlüssel in Geltung bleiben soll. Es liegt nun an unseren Mitgliedern, dieses Recht vollkommen auszunützen und in erster Linie darauf zu sehen, dass die Organisationsleitungen die Beitragsverrechnung pünktlich durchführen.

### Ein Arbeitskongress.

Wir betonen nochmals, dass der Parteivorstand, gestützt auf den ehrlichen Willen der kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter, mit aller Kraft dahin arbeiten wird, dass der Parteitag ein Kongress der Arbeit sein wird. Auf diesem Parteitag soll niemandem erlaubt sein, sich von der Arbeit zu drücken und sich der bequemeren, aber direkt verbrocherischen Tätigkeit auf dem Gebiete der Fraktionskämpfe hinzugeben. Nochmals betonen wir ausdrücklich, dass das Verhalten der Delegierten von der Bestimmtheit abhängt, mit der die Mitglieder ihren Willen bekunden und zum Ausdruck bringen, dass sie von dem Parteitag nutzbringende Arbeit und jene Beschlüsse erwarten, die mit der zersetzenden Fraktionsarbeit ein für allemal aufräumen.

Mit Parteigruss:  
Für das Reichssekretariat:

F i a l a .

# Thomas Eberl

Der Gewerkschaftsrat beschliesst folgendes Programm festzusetzen :

## I. Prinzipielles

1.

1. Einheit der Gewerkschaften
2. Ausbau der Gewerkschaften zu Industrieorganisationen
3. Aufrechterhaltung des Achtsturentages
4. Friedensreallöhne
5. Wahl revolutionärer Betriebsräte
6. Reichsbetriebsrätekongress
7. Betriebskontrolle

## II. Forderungen

- 1.) Zusammenfassung der Teilkämpfe zu Massenkämpfen. (Bei Kampf eines Betriebs Solidarität der Branche, bei dem Kampf einer Branche Solidarität der Industrie, bei einem Kampf der Industrie Solidarität der Gesamtarbeiterschaft in Verbindung mit der Internationale.)
- 2.) Gemeinsames, gegenseitig unterstützendes Vorgehen der Gewerkschafts-, Partei- und Genossenschaftsorganisationen, besonders beim Kampfe um die Aufrechterhaltung des Achtsturentages, sowie der gesamten bestehenden Gesetze. Bei wirtschaftlichen Kämpfen Unterstützung und Solidarität durch die politischen Organisationen und umgekehrt bei politischen Kämpfen Unterstützung und Solidarität durch die wirtschaftlichen Organisationen
- 3.) Nichtanerkennung des Schwindelindex der staatlichen und paritätischen Kommissionen. Aufstellung eines Index auf Grundlage des Friedensstandartes durch Arbeiterkammer und den Gewerkschaftsrat. (Kampf um Friedensreallöhne)
- 4.) Negierung der Schutzzollpolitik
- 5.) Kampf um die Altersversicherung auf Grundlage der Abänderungsanträge der kommunistischen Kammerfraktion
6. Abschluss kurzfristiger Kollektivverträge in der Höchstdauer von einem Jahr bei spezieller Forderung von Industriemanteltarifen.
7. Abbau der Akkord und Prämiensystems.
8. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei den Frauen
9. Erhöhung der Jugendlöhne auf 30 bis 90% der Gehilfenlöhne
10. Restlose Durchführung des demokratischen Systems in den Gewerkschaften. Wahl der Delegierten zu Verbandstagen, Gewerkschafts- und internationalen Kongressen durch die Mitgliedschaft.
11. 1 jährige Mandatsdauer der Gewerkschaftsvorstände und Wahl der Sekretäre durch die Vollversammlungen.
12. Entlohnung der Gewerkschaftsangestellten nach den Höchstlohn der qualifizierten Mitglieder.

## III. Durchführung

### a. Organisation

1. Systematischer Ausbau der kommunistischen, gewerkschaftlichen Betriebs-, Branchen- und Industriefraktionen auf Grundlage der Betriebszellenorganisation
2. Nach deren Ausbau denselben systematischen Ausbau der revolutionären Betriebs-, Branchen- und Industrieblöcke welche alle revolutionären Gewerkschaftler ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zu erfassen suchen und die Ausgeschlossenen sowie Ausgetretenen und Unorganisierten zusammenfassen.
3. Zusammenfassung der Betriebsräte :
  - a) der kommunistischen Fraktionen b) der revolutionären Blöcke und zwarund b, im Betriebs-, Branchen-, und Industriemasstabe.
4. Bei Massenausschlüssen Bildung innerhalb des Blocks von Organisationen der Ausgeschlossenen, welche gemeinsam mit dem Block den Kampf um die Wiederaufnahme führen.

5. Verbindung des Gewerkschaftsrates mit den einzelnen Blocks durch Delegierung eines Gewerkschaftsratsmitgliedes in die einzelnen Blockexekutiven

### B. Propaganda, Aufklärung und Schulung

1. In den Fraktionen - resp. Betriebszellen - und Blockexekutiven die Vertrauensleute  
2. In den Fraktionen - resp. Betriebszellen - und Blockversammlungen die Mitglieder  
3. In den öffentlichen Versammlungen die übrige solcherart erfasste Arbeiterschaft

### C. Inhalt der Propaganda

1. Anknüpfend an die Tagesfragen  
2. Aufstellung der entsprechenden Losungen

3. Ziel der Unternehmeroffensive : a) Lohnabbau direkt und indirekt b) Aufhebung des Achtstundentages und der bestehenden sozialistischen Gesetze

c) Einführung des faschistischen Regimes und Rüstung zu einem neuen Weltkrieg

4. Unterschied zwischen revolutionärer und reformistischer Gewerkschaftsarbeit, unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsgeschichte und des ursprünglichen marxistischen Zieles.

5. Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft, wobei besonders auf die gegenwärtigen Kämpfe verwiesen wird, welche gewerkschaftliche und politische Kämpfe zugleich sind und infolge dessen gemeinsam von der Gewerkschaft und Partei im marxistischen Sinne geführt werden müssen. Besonderer Hinweis dass es laut Ausspruch der SP. in Oesterreich keine neutralen Gewerkschaften gegeben hat.

6. Aufzeigen der Entwicklung zur sozialen Revolution wodurch nur die proletarische und gesellschaftliche Existenz naturnotwendig gesichert werden kann und muss.

7. Sachliche Argumentation unter weitgehender Vermeidung von persönlichen Beschimpfungen

### D. Formen und Mittel der Propaganda

1. Presse Rot Gew und RF. - 2. Flugzettel und Broschüren - 3. Vorträge  
4. Referentenschulen - 5. Freiwillige Geldsammlungen und Einhebung von regelmässigen Blockbeiträgen.

### E. Taktik der Durchführung

1. Ausarbeitung der Parolen vom Gewerkschaftsrat und Fraktionen resp. Blockexekutiven  
2. Von den Exekutiven Weiterleitung der Parolen an die Vertrauensmänner von diesen an die Fraktions- resp. Betriebszellen und Blockmitglieder und durch diese schliesslich u. in u. ausserhalb der Betriebe bei jeder sich bietenden Gelegenheit von Mann zu Mann.  
3. Nach solcherart erfolgter Bildung eines Kreises von Sympathisierenden in den Betrieben und Gewerkschaften, öffentlich auftreten i. d. entspr. Betriebs- Branchen- und Industrierversammlg., wobei  
4. Auftreten der einzeln. Blockmitglieder i. Vorhinein genau besprochen und angestrichelt wird

### IV. Ziele

1. Revolutg und Erobg. d. Gewerksch.-Mitglieder u. durch diese d. Gewerkschaften  
2. Mit d. rev. Gewerkschaften im Vorhinein, m. d. rev. -prolet. Parteien Kampff. d. endgült. Befreiung d. Prolet;rites aus d. Fesseln d. Kapitalismus.

### V. Unmittelbare Aufgaben

1. Vorbereitung der Betriebsratswahlen  
2. Kampf f. Alters u. Inv. Vers.  
3. Stellungnahme gegen d. Schutzzollpolitik  
4. Kampf gegen den Schwindelindex  
5. Einh. Kampf für 8. Sttg. gegen Raub der sozial. Gesetze u. f. Lohnerhöhg den tats. Feuerungsverh. entsprechend.  
6. Systematischer Kampf f. d. Wiederaufn. der Ausgeschlossenen.  
7. Systematische Schulung u. Neuheranbildg. v. gewerkschaftl. Funktionären.

## Änderungen und Ergänzungen zu den Gewerkschaftthesen

### II: Forderungen .

9. Einbeziehung der Verträge und Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit der Jugendlichen in die Kollektivverträge. Abschaffung der Altersgrenze der Jugendlichen. 30 bis 90 Prozent des niedrigsten Gehälftenlohnes für die im Lehrverhältnis stehenden Jugendlichen.

10. Die Forderungen an die Gewerkschaften sollen zusammengefasst werden:

a) Demokratisierung

b) Mandatsdauer

c) Entlohnung

d) Ergänzung: Vereinfachung des Apparates um die Instandhaltungskosten zu vermindern. Abschaffung überflüssiger bürokratischer Einrichtungen.

11. Für die Arbeitslosenforderungen, an Forderungen an den Staat und die Gemeinden (Besondere Unterstützungen wo Kommunisten in den Gemeindestuben sind).

### III. Durchführung

5. .... Blockexekutiven. -Ergz: Bei dieser Delegation werden die wichtigsten Industriezweige Eisenbahnen, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Strassenbahner besonders berücksichtigt.

#### C. Inhalt der Propaganda

4. Unterschied zwischen revolutionärer und reformistischer Gewerkschaftsarbeit, unter besonderer Betonung des Zusammenhanges zwischen sozialdemokratischer Politik und Gewerkschaftsarbeit und der Tatsache dass die sozdem. Gew. taktik nichts anderes als eine Täuschung der Masse ist ("Kampf gegen den Achtstundentag etc."). Dies soll an der Hand der letzten Ereignisse (Gemeinde Wien, Durchlöcherung des Achtstundentages, ~~z.B.~~ Relative Lohnreduktionen durch den Schwindelindex etc) nachgewiesen werden und der Unterschied zwischen Theorie und Praxis (dem ehemaligen Programm) aufgezeigt werden. Es muss das falsche Vertrauen der Massen, die Gewerkschaften seien wenigstens ein sicherer Schutz gegen den Raub der sozialpolitischen Errungenschaften zertrümmert werden.

6) Aufzeigen der revolutionären Entwicklung, die Vernichtung der demokratischen Illusionen in Mitteleuropa. Aufzeigen der Tatsache dass die österr. Sozialdemokratie keinen politischen Ausweg den Arbeitern zeigt, dass ihrer Macht die Arbeiter und Bauernregierung und nicht die Scheinopposition entsprechen würde. Aufzeigen der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze und der Notwendigkeit der sozialen Revolution als einziges Mittel zur dauernden Sicherung der materiellen und gesellschaftlichen Existenz.

#### E. Taktik der Durchführung

4) Der Gewerkschaftsrat konzentriert seine Aufgaben vor allem auf die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendigsten Industriezweige, die Metallarbeiter, Eisenbahner, Bergarbeiter, Strassenbahner um den Einfluss der Blocks und der Partei in den ausschlaggebendsten Zweigen fest zu verankern und der Gewerkschaftstaktik entscheidenden Rückhalt zu sichern.

1) Ausarbeitung der Parolen ~~des~~ Gewerkschaftsrats und den Fraktions- resp. Blockexekutiven, genaues Studium der einzelnen Wirtschaftsgebiete unter Berücksichtigung der Absatz-, Produktions-, Steuer- u. a. Bedingungen um eine eingehende konkrete gewerkschaftliche Taktik überhaupt zu ermöglichen.

5) Rechtzeitiges Eingreifen in Lohnkämpfe, das erst einen richtigen Aufbau der gewerkschaftlichen Block ermöglicht und sie aus dem langsamen Trott in eine Bewegung mitreißt.

#### V. Unmittelbare Aufgaben

8. Massnahmen zur einer besonderen akuten Kampagne für den Schutz der durch den Bankenkrach getroffenen Arbeiter und Angestellten, im Hinblick auf die noch zu erwartenden Betriebssperrungen und Einstellungen, resp. Einschränkungen. Besondere Berücksichtigung in der Presse. Initiative in der Arbeiterkammer, unter den Arbeitslosen etc.

#### Bemerkungen zum Prinzipiellen :

1. Einheit der Gewerkschaften. In bedrohlichen Situationen und besonders bei drohender Flucht aus den Gewerkschaften zu den Gelben hat der Gewerkschaftsrat ~~sich~~ unter der Parole "Hinein in die rote Gewerkschaftsinternationale - um den Kampf in der gelben Gewerkschaft zur Revolutionierung besser führen zu können, hinein in die revolutionären Blocks !" eine konzentrisch geführte Kampagne zu führen um ein Abströmen zu verhindern und die Stimmung zur Revolutionierung auswerten zu können. auch

2. Unter Aufrechterhaltung des Achtstundentages, ist die Aufrechterhaltung aller jener Arbeitszeitgesetze oder Verträge gemeint, die auch weniger als Achtstunden festlegen. Jedes Zurück ist eine Durchlöcherung des Achtstundentages. Ablehnung der sozialdemokratischen Phrase von der Aufrechterhaltung des "absoluten" Achtstundentages bei "Intensivierung" der Arbeit d. i. Abbau des relativen Achtstundentages.

6.) Reichsbetriebsrätekongress. Diese Parole ist in günstiger Situation und erst wenn die Block namhaften Einfluss gewinnen konzentrisch zu stellen, da sie sonst miskreditiert wird.

7. Betriebskontrolle wird bei einer zu erwartenden Stagnierung der Produktion zu fördern sein, als eine wichtige Waffe um die Depression der Arbeiter die sich als Opfer einer elementaren Wirtschaftskrise sehen zu verhindern.

Nachtrag :

#### III. A. Organisation

2. ...erster Satz ... In jedem Land und Bezirk (Ort) werden Blockexekutiven ~~Gebilde~~ die die Einkassierung der Blockbeiträge vornehmen um ein restloses Erfassen der Mitglieder der KPÖe und darüber hinaus aller Blockmitglieder.

*Neumann*

ENTWURF DER POLITISCHEN RESOLUTION.

I.

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

A. Der Kampf um die europäische Vormachtstellung.

Seit dem Zusammenbruch des Weltkrieges kämpfen Frankreich und England um den entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss auf Europa. In diesem Kampfe hat England bis vor kurzem eine Reihe von empfindlicher Niederlagen auf sich nehmen müssen. Der Ausgang des Krieges zwischen der Türkei und Griechenland, sowie die Erfolge des französischen Imperialismus im Ruhrkampf haben zugleich die Bedeutung grosser politischer Niederlagen Englands. Allein der englische Imperialismus kann sich niemals damit abfinden, dass eine andere Macht Europa beherrscht. Die Abhängigkeit des europäischen Absatzmarktes, der bestimmende Einfluss auf das Mittelmeergebiet, die Beherrschung des Balkangebietes, die gesicherte Verbindung mit Indien, bilden die Voraussetzung für die fernere Entwicklung des englischen Kapitalismus.

Trotz aller pazifistischen Sprüchlein, die in allen parlamentarischen Körperschaften der kapitalistischen Staaten und auf den sogenannten Friedenskongressen hergesagt wurden und werden, wird auf allen Seiten fieberhaft gerüstet und ein neuer Krieg vorbereitet. England hat zunächst den Versuch gemacht, die Restauration des Zarismus zu ermöglichen, um gestützt auf ein Russland der Grossgrundbesitzer und weissen Generäle, den europäischen Einfluss Frankreichs zurück zu drängen. Durch diese Rechnung des Herrn Lord Georges haben die russischen Arbeiter und Bauern einen dicken Strich gezogen. Auf den Konferenzen in Genève und im Haag veranlasste England mit anderen Mitteln die russische Sowjetregierung dahin zu bringen, den Staat der Arbeiter und Bauern zu einer Kolonie des westeuropäischen und vor allem des englischen Kapitalismus zu machen. Auch diese Hoffnungen scheiterten an dem Widerstand der russischen Regierung.

Inzwischen hat der französische Imperialismus den Kampf um die Erringung des Ruhrgebietes erfolgreich fortgesetzt. Der französischen Grossbourgeoisie war es niemals so sehr um die tatsächliche Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland zu tun; wie wichtiger war es für sie, das bedeutendste europäische Kohlengbiet mit dem Elsaß-lothringischen Eisenerzgebiet zu vereinen und so das wirtschaftliche Fundament für die Entwicklung eines gewaltigen imperialistischen französischen Staates zu begründen. In französischem Parlament macht sich zwar die bürgerliche Demokratie breit, sie fordert von Deutschland bares Geld; denn sie muss auf die Ansprüche der Kleinrentner Rücksicht nehmen, aber in Frankreich geben nicht die Führer des Kleinbürgertums, sondern die der imperialistischen Kreise den Ton an. Das französische Kapital will sich entwickeln, es sucht nach Anlage- und Ausdehnungsmöglichkeit und muss so vor allem auf den Widerstand des englischen Rivalen stossen. Noch sprechen die Vertreter des offiziellen Englands und Frankreichs fortgesetzt von der Freundschaft, die sie verbindet und von der Herzlichkeit der wechselseitigen Beziehungen, aber zugleich machen sie die modernsten Kriegsmittel und -technik, Luftflotte, Giftgaserzeugung ausbauen.

## b. Die Ruhrfrage.

Die deutsche Bourgeoisie hat zunächst den Versuch gemacht, die Verhandlungen mit den französischen Kapitalisten zwecks gemeinsamer Ausbeutung der deutschen und französischen Proletarier auszunützen, um den Anteil der deutschen Ausbeuter an dem Ausbeutungsertrag möglichst gross zu gestalten. Diese Absicht ist misslungen; die französischen Ausbeuter liessen sich nichts vormachen. Allein die deutsche Bourgeoisie hatte, als sie den Ruhrkrieg eröffnete, zwei Eisen im Feuer. Erstens war sie bemüht, einige wirtschaftliche Zugeständnisse von den französischen Kapitalisten zu erpressen, aber der Hauptzweck der Aktion bestand in der systematischen Ausplünderung der deutschen Nation. Mit Hilfe der von der Cuno-Regierung bewilligten Vorschüsse ist es den deutschen Kapitalisten während der ganzen Dauer des Ruhrkonfliktes gelungen, sich in unerhörter Weise zu bereichern und der deutschen Nation jene Mittel zu entziehen, die die Stienen-Banditen brauchen, um besonders im Ruhr- und Rheinisch-westfälischen Gebiet ihren Produktionsapparat zu modernisieren. Nach diesem Plünderungszug kam es sehr rasch zur Verständigung zwischen der französischen und deutschen Bourgeoisie.

Tatsächlich schon verbündet mit dem französischen Imperialismus, konnten die deutschen Kapitalisten einen Schritt weitergehen. Die billige Produktion der deutsch-französischen Bourgeoisie hat auch die schrankenlose Ausbeutung der arbeitenden Massen zur Voraussetzung. Die deutsche Bourgeoisie führte gegen das deutsche Proletariat wuchtige Schläge, sie nahm ihm den Achtstundentag und ist oben dabei, alle sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse aufzuheben. Die deutsche und die französische Bourgeoisie brauchten nicht ganz ein Jahr, um fast alle Bedingungen für die Konzentrierung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zu erfüllen. Mit der Vereinigung des Elsass-Lothringischen Eisenerzgebietes und der deutschen Ruhrkohle vollzog sich zugleich die gewaltige Plünderung des deutschen Volkes/die wieder die Komplettierung des Produktionsapparates ermöglicht/, und überdies hat die deutsche Bourgeoisie das deutsche Proletariat gezwungen, sich unmässig ausbeuten zu lassen.

## c. Die Bedeutung des Kampfes gegen den Achtstundentag.

Wenn wir von den politischen Gegensätzen und Konflikten, die zwischen der deutschen und der Bourgeoisie anderer kapitalistischer Staaten bestehen absehen, wenn wir die Sache rein wirtschaftlich nehmen, dann ist zu sagen, dass die deutsche Grossbourgeoisie diejenigen ökonomischen und sozialpolitischen Voraussetzungen geschaffen hat, die sie braucht um auf dem Weltmarkt wiederkonkurrenzfähig zu werden. Eine solche Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands muss in erster Linie die kleineren kapitalistischen Staaten Europas/Deutsch-Osterreich, Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien u. s. /in ihrer Wirtschaft auf das empfindlichste berühren. Die Konkurrenzfähigkeit der reichsdeutschen Industrie auf dem Weltmarkt würde augenblicklich einen grossen Teil des Exportes kleinerer kapitalistischer Staaten Europas vernichten.

Eine solche Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland erfordert rasche Vorbeugungsmaßnahmen der anderen kapitalistischen Staaten. Man kann dieses Verhältnis auf die kurze Formel reduzieren: dass der Achtstundentag in keinem kapitalistischen Staat bestehen kann, wenn er in Deutschland vernichtet bleibt. Die europäische Bourgeoisie trifft daher die nötigen Vorbereitungen, um in nächster Zeit den Achtstundentag und andere sozialpolitischen Errungenschaften des Proletariats zu vernichten. Derartige wirtschaftliche Schläge gegen das Proletariat sind nur möglich, wenn sie politisch vorbereitet sind; d.h. die Bourgeoisie muss die Arbeiterschaft politisch vollkommen schlagen, um sie wirtschaftlich völlig versklaven zu können. In einem solchen Kampfe kann sich die Bourgeoisie mit Detailfragen kaum beschäftigen und mit kleinen Erfolgen nicht begnügen. Eine derartig entscheidende politische Niederlage der Arbeiterklasse bedingt die Ausserkraftsetzung aller demokratischer Formalitäten, die Ausschaltung der parlamentarischen Funktion des bürgerlich-demokratischen Staates. Die Diktatur der Stinnes-Banditen in Deutschland führt mit Naturnotwendigkeit zur Diktatur der Grossbourgeoisie in allen kapitalistischen Staaten Europas, vorausgesetzt, dass die arbeitenden Massen nicht die Kräfte finden, dieser Entwicklung eine andere Richtung zu geben und die Pläne der Kapitalisten in Deutschland wie in Europa zu vernichten.

#### d. England, die Ruhrfrage und der Achtstundentag.

Während der nächsten grossen europäischen, sozialen Kämpfe wird das englische Proletariat eine bedeutsame Rolle spielen. Für die Beurteilung des sozialen Kräfteverhältnisses Europas sind die letzten und gegenwärtigen politischen Ereignisse in England von grosser Bedeutung. Der Ausgang der englischen Wahlen beweist, dass die entscheidenden Teile der englischen Bourgeoisie der Ansicht sind, dass die Akkumulation des englischen Kapitals im Rahmen des englischen Weltreiches nicht vorsiegehen kann; dass sich England von der übrigen Welt nicht abzuschliessen vermag und dass es infolgedessen mit seiner Freihandelstradition keinen Bruch vollziehen kann. Es bleibt bei der Methode der wirtschaftlichen Expansion, der Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Die "friedliche" wirtschaftliche Durchdringung der Welt ist nur gegen den Widerstand anderer kapitalistischer Staaten denkbar. Die militärische und maritime Macht des englischen Imperiums wird sich hinter diesen wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen geltend machen. Englische weltwirtschaftliche Politik ist gleichbedeutend mit englischer militärischer Gewaltpolitik.

Das englische Kapital verlangt nicht nur die Bestätigungsmöglichkeit in der ganzen Welt, es drängt auch auf günstigere Produktionsbedingungen in England. Und das ganz besonders, nachdem der Achtstundentag in Deutschland vernichtet wurde und seine Abschaffung in allen übrigen kapitalistischen Staaten auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Die Verständigung französischer und deutscher Kapitalisten, die Vereinigung des Ruhrgebiets mit dem Elsass-Lothringischen Eisenrevier unter der politischen Herrschaft des französischen Imperialismus, die Modernisierung des deutsch-französischen Produktionsapparates, die Herabsetzung der Kosten der Lohnarbeit in Deutschland, auf das tiefste Niveau - alle diese Tatsachen sind der Konkurrenzfähigkeit der deutsch-französischen Produktion ebenso günstig, wie sie der englischen Industrie zum Nachteil gereichen. England muss daher versuchen - und das geschieht wie wir sehen, sehr energisch und zielbewusst - den politischen Kredit Frankreichs zu untergraben. Mobilisiert Frankreich die kleine Entente, so versucht England auf die besiegten europäischen Staaten

zu setzen und überdies das Gefüge der kleinen Entente zu lockern. Das verschuldete Frankreich verwendet hunderte Millionen Franken zur Unterstützung der Rüstungen seiner europäischen Vasallen und England wendet dieselbe Methode an, indem es sich dabei zunächst auf seine Verbindung mit Italien stützt. Jugoslawien und Ungarn segeln schon im englischen Kurs und es ist nur eine Frage kurzer Zeit, bis England imstande sein wird, noch andere europäische Staaten von sich abhängig zu machen und gegen Frankreich auszuspielen.

Hierher gehört auch die Anerkennung Sowjet-Russlands durch England. Dieser Akt hat gewiss die Bedeutung eines grossartigen politischen und moralischen Erfolges sowohl der russischen wie der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Aber das revolutionäre Proletariat darf diesen Erfolg Sowjet-Russlands keineswegs überschätzen. England hat diesen Schritt nicht aus Liebe zu dem Staate der russischen Bauern und Arbeiter unternommen; dieser Schritt hat vielmehr die Bedeutung eines Trumpfes, den England in der politischen Auseinandersetzung gegen Frankreich ausgespielt hat.

Will England den Einfluss der deutsch-französischen Produktion auf dem Weltmarkt paralisieren, dann muss es noch billiger produzieren können als der deutsch-französische Kapitalismus. Daraus folgt, dass sich auch die englische Bourgeoisie beizeiten mit jenen innerpolitischen Vorbereitungen befassen muss, die im Kampfe gegen die arbeitenden Klassen nötig sind. Die englische Bourgeoisie wird die Achtstundentagbewegung keinen Augenblick respektieren, nachdem der Achtstundentag in Deutschland vernichtet ist und in anderen Staaten vernichtet werden soll. Die Politik der wirtschaftlichen Expansion und militärischer Gewalttätigkeiten nach Aussen und die Politik des verschärften sozialen Kampfes gegen die Arbeiterklasse - das sind die wesentlichsten Grundsätze, die für das Regierungsprogramm der englischen Bourgeoisie massgebend sind.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands haben die Arbeiterschaft veranlasst, ihren Kurs starkt nach links zu richten; das beweist uns der Ausgang der englischen Wahlen. Die ziffermässigen Erfolge der Labour Party, die Tatsache, dass auf Grund dieser Erfolge, nach den noch geltenden parlamentarischen Grundsätzen Englands, diese Partei mit der Regierungsbildung beauftragt wurde - diese Tatsachen sind, wenn man die besonderen wirtschaftlichen, sozialen und parlamentarischen Verhältnissen Englands berücksichtigt, ein einziger Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, dass sich das englische Proletariat zunächst von dem Einfluss der bürgerlichen Parteien losgemacht hat und im Begriffe ist, die Verbindung mit dem linken Flügel der internationalen Arbeiterbewegung zu suchen. Während der letzten Neuwahlen hat die Arbeiterpartei grosse Erfolge erzielen können, weil die breiten Massen kleinbürgerlicher Schichten und proletarischer Existenzen ihre Hoffnungen auf die pazifistischen und demokratischen Programmpunkte der Labour Party setzen. Die Arbeiterregierung und die Labour Party versprechen der englischen Arbeiterklasse eine Politik des Friedens, der Verständigung und des wirtschaftlichen Aufbaues. Von einer solchen Politik erhoffen sich die arbeitenden Schichten der englischen Nation vor allem die rasche und bedeutende Verringerung der englischen Arbeitslosenarmee und infolgedessen eine Verbesserung der ökonomischen Lage der kleinbürgerlichen Schichten. Wir haben schon gesehen, dass sich die Theorie der englischen Arbeiterregierung im vollsten Widerspruch zur wirtschaftlichen und politischen Praxis

der englischen Bourgeoisie befindet. Während Herr Macdonald von Frieden redet und Herr Poincare Liebesbriefe schreibt, wird die englische Luftflotte verstärkt und auch sonst für die Verbesserung aller militärischen Positionen gesorgt. In dem Augenblick, in welchem die Arbeiterregierung den Verständigungsbrief nach Moskau schickte, begann die Bombardierung von Bagdad. Un während die englische Arbeiterregierung Friedensprogramme formuliert, lässt das offizielle England die ungarischen Arbeiterführer, die gegenwärtig die Staatsmacht Ungarns in Händen haben, nach London kommen, um sie, so wie die Regierungen anderer europäischer Staaten, für die englische europäische Politik zu gewinnen.

Die englische Bourgeoisie steht vor grossen und verhängnisvollen Aufgaben. Sie setzt den Kampf um die wirtschaftliche und politische Beherrschung Europas fort, zunächst noch mit den Mitteln der Diplomatie, aber bereits alle Vorbereitungen für eine militärische Lösung des Konfliktes treffend. Und sie wird auch sehr rasch die notwendigen Vorkehrungen im Kampfe gegen das englische Proletariat in Angriff nehmen. Die englische Bourgeoisie hat nach dem Ausgang der letzten Wahlen gar keine Lust, die Verantwortung für ihre notwendig aggressive Innen- und Aussenpolitik zu übernehmen. Mit der Verantwortung für diese Politik soll vielmehr die Arbeiterregierung belastet werden. Dass die Arbeiterregierung weder eine andere Politik machen kann noch machen will als die, die den Interessen der herrschenden Klassen Englands entspricht, das hat sie schon gezeigt und das wird sie täglich von neuem beweisen. Das englische Proletariat wird in seinen Erwartungen grausam enttäuscht werden. In kurzer Zeit wird es sich davon überzeugen, dass die Arbeiterregierung nicht fähig ist, eine Politik der politischen Verständigung nach Aussen und des sozialen Friedens ~~zwar~~ im Innern zu machen. Nicht Frieden, sondern Kriegsrüstungen; nicht soziale Verständigung, sondern verschärfter Kampf gegen die Arbeiterklasse - hierin werden sich die nächsten Ergebnisse der Politik der englischen Arbeiterregierung ausdrücken. Das englische Proletariat wird sich alsbald von den Resten seiner kleinbürgerlichen und demokratischen Illusionen befreien und dann erst jenen Weg einschlagen, der ins Lager der revolutionären Klassenkämpfer Europas führt.

## II.

### Die revolutionäre Entwicklung.

#### A. Die Kämpfe in Deutschland und das europäische Proletariat.

Wir befinden uns in der Epoche der schärfsten Klassengegensätze und Kämpfe. Das deutsche Proletariat war zwar nicht im Stande die letzten Schläge der deutschen Bourgeoisie zu verhindern aber aus den Oktober- und Novemberkämpfen ist die Arbeiterklasse dennoch nicht gebrochen hervorgegangen. Im Gegenteil. Wie uns die Ergebnisse der sächsischen Wahlen --- jener im Saargebiet sowie die Kämpfe des Proletariats in Rheinland-Westfalen und in anderen Gebieten Deutschlands zeigen, befindet sich die K.P.D. in ster kraftvoller Entwicklung, ihr Einfluss auf die kleinbürgerlichen Massen steigt. Die deutsche Bourgeoisie will und kann sich mit der gegenwärtigen Lage Deutschlands nicht abfinden; sie muss in konsequenter Weise ihren Weg bis zu Ende gehen und den Versuch machen, ihre unverhüllte Diktatur aufzurichten. Allein die

nächsten Schritte der deutschen Bourgeoisie gegen das deutsche Proletariat werden begleitet sein von gleichartigen Unternehmungen der Ausbeuterklassen anderer europäischer kapitalistischer Staaten. Die Kämpfe, die kürzlich in Deutschland zu einem gewissen Abschluss gelangten, werden demnächst gleichsam auf europäischem Territorium ihre Fortsetzung finden. Kein Zweifel, dass von dem Ausgang dieser nächsten Kämpfe noch viel mehr das fernere Schicksal des europäischen und des Weltproletariats abhängt als von den Ergebnissen der letzten und gegenwärtigen Kämpfe in Deutschland.

## B. Die revolutionäre Entwicklung in Europa und das österreichische Proletariat.

Die Bourgeoisie wird sich bemühen, die schwächste Position der europäischen Arbeiterklasse zunächst anzugreifen. Ob es die Bourgeoisie vorziehen wird, zuerst in Deutschland, in Österreich oder in der Tschechoslowakei den Reigen zu eröffnen, das ist von geringer Bedeutung; entscheidend ist ausschliesslich, dass sich die Arbeiterschaft jedes Staates auf diese Kämpfe rechtzeitig vorbereitet.

Die österreichische Bourgeoisie hat während der letzten Monate sozusagen die Klassenfront abgetastet und die Widerstandskraft der österreichischen Arbeiterschaft geprüft. Es war der Bourgeoisie nicht schwer, festzustellen, dass zwar die führenden Instanzen der Amsterdamer Gewerkschaften wenig Lust zeigten, ernste Kämpfe zu organisieren, sie hat aber wohl auch gespürt, dass das österreichische Proletariat keine weitere Verschärfung der Not und den Elends, unter welchen es leidet, widerspruchslos dulden wird. Aber die Ausbeuter wissen wohl, wie sehr die revolutionäre Entschlossenheit der Arbeiter infolge des passiven Verhaltens ihrer verantwortlichen Gruppen unwirksam gemacht werden kann. Die Bourgeoisie baut auf die ausweichende Taktik, die die österreichische Gewerkschaftsbürokratie seit Jahren übt. Nichts ist daher nötiger, als das österreichische Proletariat auf die bevorstehenden grossen Kämpfe und die Gefahren, von denen sie begleitet sind, aufmerksam zu machen. Hierbei hat die K.P.O. eine besondere Pflicht zu erfüllen. Gestützt auf ihre Vertrauenspersonen in den Betrieben, muss sie ihren Einfluss zu verstärken suchen und fäktisch propagandistisch und agitatorisch geltend machen. Die Seipel-Regierung hat in Genf die Interessen der österreichischen Proletarier schon einmal verraten; auf Kosten der arbeitenden Massen hat sie die ausbeutenden und herrschenden Klassen Österreichs, saniert. Noch wissen wir nicht, welche Ansicht die Seipelregierung gegenwärtig bezüglich der europäischen politischen Verhältnisse hat, ob sie mehr im Sinne der französischen oder in dem der englischen Politik zu wirken bestrebt sein wird. Die Kredite gehen zu Ende, und mit ihr auch die Sanierungskünste dieser christlichsozialen Regierung. Sie wird neuerdings versuchen die ökonomische Kraft des österreichischen Proletariats an dem Meistbietenden zu verschachern. Und diesmal kann das Spiel dieser Regierung noch gefährlicher werden als seinerzeit in Genf. Dass diese oder eine andere bürgerliche Regierung nur im schärfsten Klassenkampf gezwungen werden kann, eine Politik der wirtschaftlichen und politischen Neutralität zu beobachten, kann nicht genug betont werden. Dass sich die Christlichsozialen in einer kritischen Stunde bemühen werden, die Sozialdemokraten für ihre Politik zu

gewinnen und die Koalitionsregierung als verlockendes Ziel den sozialdemokratischen Führern anubieten, ist keineswegs zweifelhaft, so wie es aus den Verhandlungen auf dem Parteitag der Österreichischen Sozialdemokratie gelehrt haben-klar ist, dass zumindest ein einflussreicher Teil der sozialdemokratischen Führer entschlossen ist, zusammen mit beiden Händen nach der Regierungskoalition zu greifen. Bei der gegenwärtigen europäischen wirtschaftlichen und politischen Situation würde ein solcher Akt des Kompromisses mit der Bourgeoisie nichts anderes bedeuten, als die Durchbrechung der europäischen Klassenkampffront zu Gunsten der europäischen Kontinentalrevolution. Der Kampf gegen die Sozialregierung kann von dem klassenbewussten Proletariat Österreichs nur geführt werden unter der Parole: Errichtung der Arbeiter und Bauernregierung. Die K. P. O. ist sich darüber nicht im unklaren, dass auch eine Arbeiterregierung in Österreich noch nicht den entscheidenden Erfolg im Klassenkampf darstellt, aber sie ist andererseits davon überzeugt, dass eine solche Regierung eine wichtige und fast bestimmende Position der Arbeiterklasse im Klassenkampf darstellt und dass sie daher erobert werden muss. Dieses Ziel ist nur im Zeichen des geschlossenen Kampfes aller arbeitenden Schichten zu erreichen. Der Einheitsfront aller Ausbeuter muss entgegen gesetzt sein die Einheitsfront aller Ausbeuteten, um im Zeichen dieser Einheit des Kampfes zu gehen und wird die österreichische Arbeiterschaft die Herausforderungen der österreichischen Ausbeuter mit dem kraftvollsten Abwehrkampf beantworten. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, in Sinne dieser Grundtatsache zu wirken, um so die Verbindung mit der revolutionären österreichischen Arbeiterschaft enger zu gestalten und gemeinsam mit ihr die notwendigen und dringenden Vorberreitungen für die nächsten entscheidungsvollen Kämpfe zu treffen.





Auch in dieser Richtung wird die Profitgier der Ausbeuter durch den "demokratischen Staat" im Interesse der Sanierung nicht nur begünstigt, sondern ~~zu~~ sozusagen herausgefordert. Der Achtstundentag wurde bei den Bundesbahnen durchbrochen, der Nationalrat verweigert die Ratifizierung des Achtstundentages unter dem Rechtstitel: Gefährdung der österreichischen Industrieinteressen in einem Zeitpunkt, wo die Ratifizierung in anderen Ländern durchgeführt wurde. Wenn unter solchen Umständen der Kampf nicht nur gegen die Kollektivverträge geht, sondern auch gegen den Achtstundentag eröffnet wird, beweist ~~sich~~ <sup>dies</sup> nur, dass die Kolonisierung des demokratischen Oesterreichs Tag für Tag nicht nur in wirtschaftlich materieller Anwendung sich fühlen lässt, sondern schon im Zuge ist ~~nach~~ die Formen der Kolonisierung anzunehmen, da sie die Arbeiterschaft in einem desorganisierten Zustand zu bringen trachtet.

#### IV.

Die Scheinkonjunktur der letzten Monate des Jahres 1922. folgte eine Absatzkrise, welche teilweise künstlich hervorgerufen wird. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit dauert fortwährend an und wird auch weiter anhalten. Wenn in einem industriellen Lande keine industriellen ~~Investierungen~~ <sup>Investitionen</sup> angelegt werden und sich ~~nach~~ <sup>d</sup> alle Lasten und gesteigerten Profite un<sup>d</sup> unbeschränkter Ausbeutung Platz macht, dort ist die ständige Arbeitslosen Reserve-Armee das festeste Fundament der Sanierung der inn- und ausländischen Ausbeutung. Die Arbeitslosigkeit zeigt in Wien und Land immer schrecklichere Folgen auf.

~~Es~~ Dabei schmälert die Sanierung, die ausschliesslich auf Kosten des arbeitenden Volkes erfolgt, die Lebenshaltung derer immer mehr, wodurch der Absatz im Innlande Tag für Tag naturgemäss sich verschlechtert, da die Kaufkraft der Arbeitenden schwindet. Dadurch verkümmert die Wirtschaft und ein weiterer Produktionsniedergang ist unvermeidlich, wobei die Arbeitslosigkeit anhalten ~~wird~~ muss. Nimmt man noch in Betracht, dass das Leben des städtischen Mittelstandes und Kleingewerbetreibenden, das sich Tag für Tag schwerer gestaltet, die Kleingärtner und Kleinhausler neuerdings sich in Schulden verwickeln muss, um sich vor den

Abgrund ~~xxxxxxxx~~ ihrer selbständigen Existenz stehen und dass der wirtschaftliche Erfolg des ~~xxxxxxxx~~ Personalabbaues erst jetzt sich zu auswirken anfängt, so offenbart sich in dem demokratischen Oesterreich ein Bild des Massenelends der nächsten Zeit, ~~xxxx~~ welches das bisherige übersteigen wird.

#### V.

Die mit der Sanierung gebrachten Hoffnungen, dass nach einer Zeit der Opfer der wirtschaftliche Erfolg und Gesundung kommen wird, kann schon als vollständig hinfällig bezeichnet werden. Von den Krediten sind drei Viertel aufgebracht. Trotz der ~~der~~ Kreditzuschüsse ist das Gleichgewicht im Staatshaushalte nicht herbeigeführt. Das Sanierungswunder geht zu Ende. Im Anfang beraubte die Sanierung das revolutionäre-demokratische Oesterreich der parlamentarischen Souveränität. Die Hoffnung, durch ausländische Hilfe die wirtschaftliche Gesundung im Staate herbeizuführen, fand bei jenen Teil der Arbeiter, wo demokratische Illusionen vorhanden sind, Glauben. Noch bei den letzten Nationalratswahlen haben bis zu 95 Prozent der oesterreichischen Arbeiterschaft den Sieg der sozialdemokratischen Partei sichern wollen, in der Hoffnung, einen bedeutenden Teil der Sanierungskosten von den Schultern des Proletariats auf die Besitzenden dadurch abwälzen zu können. Die verhältnismässig stärkste sozialdemokratische Partei der Welt hat weder den parlamentarischen noch den ausserparlamentarischen Kampf aufgenommen. Die durch die Sozialdemokratie beherrschte Gewerkschaftsbürokratie führte nicht einmal einen ernstesten Abwehrkampf, von einer Offensive schon garnicht zu sprechen. Sie führte die Belastung der Arbeitenden dadurch herbei, dass sie den entsprechenden Lohnausgleich mit allen Mitteln hinderte.

#### VI.

Die Sanierungsepoche stärkt die Reaktion im demokratischen Oesterreich in einem ungeheuren Masse. Die republikanische Regierung bekennt sich offen zur Monarchie. Die regierende christlichsoziale Partei ging bei den Wahlen mit den Monarchisten Hand in Hand. Die Fasziisten haben ihren Vorposten in der "demokratischen Regierung" und können ihre Bewaffnung und Mordtaten ungehindert

ausüben, während die Arbeiterschaft Tag für Tag ihre Position verliert. Trotz Drohungen und Scheinkampf der sozialdemokratischen parlamentarischen Fraktion, ~~in der republikanischen Ära~~ wüten die monarchistischen und faszistischen Offiziere im republikanischen Bundeshaer fort. Die demokratische Bourgeois Klassenjustiz hat sich offen in eine faszistische verwandelt. In einem Jahre wurden ..... Prozesse der kommunistischen Presse gemacht, weil sie Arbeiterinteressen ~~verteidigte~~ verteidigte und gegen den Fasziismus kämpfte. Die Polizei und Gendarmarie der Republik ist Beschützerin der Hakenkreuzler und Frontkämpfer. Im engsten Zusammenhang mit der Verelendung der arbeitenden Massen schreitet die Reaktion vorwärts. Die sozialdemokratischen parlamentarischen Führer ~~haben~~ <sup>halfen dem</sup> Sanierungswunderwerk zur Welt, das jetzt die beste Stütze für das inn- und ausländische Kapital ~~ist~~ und der Reaktion bedeutet.

#### VII.

Die wirtschaftlichen und politischen Tatsachen müssen die, an den demokratischen Illusionen festhaltenden Arbeiter ~~in die Wirklichkeit~~ auf, beste ausklären und sie von diesen Illusionen befreien. Werden die Koalitionsbestrebungen der sozialdemokratischen Führer erfüllt werden oder nicht, wird die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre Führer täglich wachsen. Diese schon jetzt mit aller Klarheit zu Tage getretenen Tatsachen müssen die allernächsten Ziele und Aufgaben der Partei festlegen.

#### VIII.

Das oesterreichische Proletariat steht vor schweren Kämpfen. Will die revolutionäre Avantgarde zur Führerin dieser allernächsten Kämpfe werden, ist die allernächste <sup>n</sup> dringendste Aufgabe die innere Stärkung der kommunistischen Partei. Das bedeutet die wirkliche Aktivierung der Mitgliedschaft und kommunistische Schulung der Funktionäre. Jahrelange Versäumnisse müssen in einigen Monaten nachgeholt werden, dies ist die Voraussetzung, dass die Partei als Führerin der Arbeiter auf den Plan treten soll.

#### IX.

Die grosste Aufmerksamkeit ist der Agitation und Propagandaarbeit zu widmen. Man muss ~~den~~ den Prozess der Befreiung der Arbeiterschaft von den demokratischen Illusionen durch eine stete

aufopferungsvolle revolutionäre Kleinarbeit gefördert werden. In den Tageskämpfen in der Presse, in der Agitation, in den Betrieben, in den Gewerkschaften muss eine tägliche sachliche Kritik der Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften unermüdlich geführt werden. Aber nicht nur in der Agitation, sondern bei den wirtschaftlichen Kämpfen müssen sich die Kommunisten als die opferwilligsten und aktivsten Kämpfer betätigen, um das Vertrauen der Arbeiterschaft zu gewinnen.

#### X.

Die kommunistische Partei und jeder Kommunist muss den Ernst der bevorstehenden Kämpfe in dem Sinne auffassen, dass letzten Endes jeder wirtschaftliche Kampf gleichzeitig ein politischer ist. Die wirtschaftlichen Kämpfe in Oesterreich werden in der nächsten Zeit sich zu politischen Kämpfen zuspitzen. Die kommunistische Partei muss mit den revolutionären Gewerkschaften zusammen die vereinzelt Kämpfe zusammenfassen, um sie erfolgreich zu führen. Es muss stets im Auge behalten werden, dass die wichtigsten Aufgaben der Partei der Tageskampf um das Stück Brot ist, wobei zu nicht zu vergessen ist, dass bei der jetzigen Zuspitzung der Klassengegensätze in Oesterreich und im Auslande nur die proletarische Revolution ein wahrer Ausweg der Arbeiter ist. Nur ~~durch~~ <sup>und</sup> durch solche klargestellte Ziele, aufopferungsvolle revolutionäre Kleinarbeit wird die Voraussetzung der siegreichen Aktion, die Einheitsfront durch gewinnendes Vertrauen der breiten Arbeitermassen von unten oder auch durch die Spitzen herstellen können.

#### XI.

Die kommunistische Partei muss ihre Tätigkeit von vornherein auf die grossen spontanen Bewegungen in Oesterreich einstellen. Zur Vorbereitung dieser Kämpfe muss sie mit aller Kraft mit zäher ~~mit~~ Planmässigkeit die proletarischen ausserparlamentarischen Institutionen des revolutionären Klassenkampfes auszubauen versuchen. Die Erzwingung des Betriebsrätekongresses, die revolutionäre <sup>e</sup> Gestaltung der Reorganisation müssen als die wichtigsten Ziele betrachtet werden. Man muss diese Bewegung politisch in diesem Sinne auswerten, dass sie zum Sturze der Seipel-Regierung und zur ~~Er-~~  
~~richtung eines~~

Richtung einer auf ~~ausserparlamentarischen~~ parlamentarischen proletarischen gestützten Regierung führen.

## XII.

In diesem Geiste muss & sich die K.P.O. in den kommenden grossen Kämpfen mit zäher aufopferungsvoller, kühner doch besonnener Arbeit organisatorisch gestärkt zu einer Massenpartei geworden, in den grossen revolutionären Kämpfen des internationalen Proletariats angliedern.

## Thesen

zu den organisatorischen und agitatorischen Aufgaben der Partei.  
(Eingebracht von der Delegation der Ortsgruppe XII)

### I. Ueber den Zusammenhang der politischen und organisatorischen Arbeit.

Die innere Gesundung der K.F.Oe. hängt nicht zuletzt von der Intensität und der Umstellung auf eine aktive, positive, konkretisierte Politik ab. Der organisatorische Aufbau einer Partei ist nur vorstellbar, wenn die Mitglieder und Funktionäre der selben mit festem Vertrauen zu ihrer Partei stehen, dass sie aber nur aus der konkreten Zielsetzung der Partei gewinnen können. Obzwar ein organisatorischer Aufbau und Ausbau bis zu einem gewissen Grade ohne diesen organisatorischen Zusammenhang organisatorische und politische Arbeit undenkbar ist, kann die K.F. eine Reihe organisatorischer Aufgaben schon vorher und schliesslich parallel verlaufend durchführen.

### II. Ueber die Presse.

Vor allem muss die kommunistische Presse das Sprachrohr der Arbeiterschaft, das sprechende Gewissen der K.F. inhaltlich verbessert im Umfang ausgebaut und in ihrer Auflage vergrössert werden. Dazu sind nötig: a) die Bildung eines qualifizierten Redaktionsstabes, von Fachleuten auf volkswirtschaftlichem, kulturellem u. literarischem Gebiet, die Organisation freiwilliger Auslandsredakteure, die Organisation der Verbindung mit den Lokalorganisationen und Betrieben durch die Ernennung regelrechter, verantwortlicher Berichterstatter, sorgfältigste Auswahl und Bearbeitung der Berichte, schliesslich technische Ausgestaltung der "R.F.", Karikaturen, Diagramme etc. Die finanziellen Schwierigkeiten unserer Presse müssen durch freiwillige Mitarbeit, evt. Zeilenhonorar bewältigt werden. - b) Zur Vergrösserung des Umfangs und der Auflage der "R.F." sind erforderlich: Die Durchführung der Bestimmung oder Wahl eines Kolportageleiters in allen Instanzen der Partei, von der Lokalorganisation bis zur Reichsorganisation, in allen Fraktionen und Blocks, die Bildung einer ständigen Agitationsgruppe für Strassenkolportage unter Heranziehung auch von Jugendgenossen zum regelmässigen Vertrieb der Presse. An Samstagnachmittagen oder Sonntagvormittagen; Roter Samstag, Roter Sonntag, durchgreifende Kontrolle über die Parteipflicht, jedes Mitglieds (Familie, Haushalt) über den Bezug der Presse durch die Sprengel, - und Strassengruppenfunktionäre. Die Affichierung von Aufrufen und Auszügen aus der "R.F.", mindestens allmonatlich finden Sitzungen der Arbeitsgruppen und Kolportage eines Bezirkes (Ortes) statt, und muss in allen Ausschüssen allmonatlich die Frage der Kolportage auf der Tagesordnung stehen.

### III. Zur Selbstfinanzierung der Partei.

In der denkbar ungünstigsten Zeit muss die Partei - fast mit einem Schlage - Massnahmen zur vollständigen Selbstfinanzierung treffen. Hierzu ist nötig: a) Auf der Einnahmenseite: kategorisches Dinschreiben bei lässiger oder versäumter Abrechnung der Mitgliedsbeiträge bei jedem einzelnen und jeder Instanz; der Inhaftiertenfond (5% des Beitrag) wird aufgehoben und wird die Sorge für die Opfer der Klassenjustiz und des gegnerischen Terrors der auf "äusserste zu unterstützenden" Roten Hilfe übertragen; der Internationale Beitrag der K.F.Oe. als Sektion der III. Internationale wird mittels eigener Marke in jedem Quartal ausserhalb des gewöhnlichen Mitgliedsbeitrages eingehoben, für besondere Aktionen, auf die die ganze Partei oder ein Teil der Partei eingestellt wird, sind besonders befristete Sammlungen vor, während oder nach der Aktion zur Finanzierung der selben einzuleiten; bei den Bildungs- und Kunstveranstaltungen muss sich die Bildungszentrale von der Steigerung des Reingewinnes leiten lassen, und erhält die Reichskasse von jeder grosseren Veranstaltung 10% der Gesamteinnahmen. Die Finanzierung der Ausgaben für Referenten, muss von der Provinz zur

Bänze besorgt werden, dem Organisation Wien werden weitere 5 % des Mitgliedsbeitrages zur Aufrechterhaltung der Parität dieser Ausgaben abgezogen. -D) Auf der Ausgabenseite: Keine Vermehrung des aufs Ausserstoeingeschränkten Angestelltenstandes und Verwaltungsapparates, Einhebung eines Pauschalbetrages für das herausgegebene schriftliche Material (präzis ausgearbeitete Rundschreiben, Mitteilungen, statistisches und Referentmaterial )

#### IV. Durchführung der Arbeitspflicht.

Der Aufbau unserer Partei erfordert ungeheure Zähigkeit, Ausdauer und Anstrengung jedes einzelnen Mitglieds. Auf keinen Fall kann sich die Partei den Luxus von untätigen Mitgliedern erlauben.

Der Parteitag ruft allen Organisationen die Beschlüsse der Kommintern und Parteitage der K.P.Oe., die statutarischen Bestimmungen der K.P.Oe. über die Arbeitspflicht von Kommunisten ins Gedächtnis. In Wiederholung und Durchführung derselben verpflichtet er die Instanzen der Partei zur Kontrolle über die Arbeit jedes Mitgliedes in den Arbeitsgruppen und Fraktionen. Jedes Mitglied wird verpflichtet a) zur Mitarbeit in den Betriebsfraktionen/Betriebszellen/, in den gewerkschaftlichen Fraktionen, b) ausserdem in den Strassengruppen/Hausagitation/, ferner c) in den Agitationsgruppen, Zeitungsdienst, Kolportage der Presse, Literaturdienst/Vertrieb einschlägiger Broschüren der politischen und gewerkschaftlichen Flugschriften/, Plakatierungsgruppe, schliesslich d) in der Bildungsgruppe/Kunstabend, gesellige Veranstaltungen/

Die K.F. gibt zu diesem Zweck eine Reihe von gewerkschaftlichen und politischen Broschüren, Flugzettel zur Plakatierung und anderes Material heraus, reich ausgestattete Propagandanummern der R.F.

Der Parteitag stellt ausdrücklich fest, dass die Zugehörigkeit zu einer Betriebsgruppe oder Fraktion an der Arbeitsstätte nicht genügt und die Verpflichtung der Parteigenossen zur Mitarbeit in den anderen Arbeitsgruppen nicht aufhebt. Nur in ausserordentlichen Fällen können Parteigenossen von dieser Arbeit mit besonderem Beschluss entbunden werden, wenn sie in einer oder an zwei Arbeitsgruppen vollständig benötigt werden.

#### V. Zur Umstellung der Partei auf die Betriebszellen.

In Verfolgung der Beschlüsse der Kommintern und des E.K.K.I. über die Betriebszellenarbeit, erklärt der Parteitag die Umstellung der territorialen Organisation auf die Form der Betriebszellen als Grundlage der Organisation als eine unerblickliche Notwendigkeit, um die Koordination der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben und einen sicheren Kontakt mit der Stimmung der Arbeiterschaft herstellen zu können.

Im gegenwärtigen Zustand der Partei wäre es jedoch unzweckmässig, an eine ueberhastete Umorganisation zu schreiten, da eine solche das Gefüge der Partei gefährden würde.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Umorganisation schrittweise vorzunehmen. Sie kann in den einzelnen Landesorganisationen im Einverständnis mit dem T.V. zu verschiedenen Zeitpunkten erfolgen und kann in der Provinz bedeutend rascher durchgeführt werden als in Wien.

#### VI. Zur Bildungsarbeit.

Das gegenwärtige Niveau unserer Parteigenossen und Funktionäre entspricht nicht den Anforderungen einer Partei, die zur Führerin des Proletariats berufen ist. Es die Ursachen dieses Zustandes einerseits in der ungenügenden politischen Stellungnahme der Partei, andererseits im allgemeinen der oberflächlichen und vernachlässigten Bildungsarbeit besteht, muss mit der Aktivierung der politischen Linie der K.P.Oe.

die Verstärkung der systematischen Bildungsarbeit parallel laufen. Die Bildungszentrale wird aus qualifizierten Genossen zusammengesetzt, ihre

Arbeit nach Arbeitsgebieten teilen und beginnt dieselbe unverzüglich, mit der Aufnahme und Durchführung folgender Arbeiten: a) primitive Bildungsarbeit, das durchgearbeitete Referate in Gruppenabenden, Mitgliederversammlungen und in den Betriebszellen, Kunstveranstaltungen, Ausgestaltung der proletarischen Feste und Feiern, unzerfallende Veranstaltungen. Besondere Füllungsnahme mit den Lokalorganisationen zur wirksamen Beeinflussung und Bessergestaltung der lokalen Bildungsveranstaltungen - b) Funktionärschulung: Besondere volkswirtschaftliche, gewerkschaftliche und politische Kurse mit praktischer Nutzenanwendung und besonderer Auswahl der Teilnehmer. Die Einrichtung eines politischen Klubs zur Diskussion der wichtigsten politischen Fragen. Regelmässige Referentenbesprechungen, um eine präzise, vollwertige Bildungsarbeit zu erzielen und Oberflächlichkeit zu vermeiden. c) Herausgabe von politischen Broschüren, genauen Referatdispositionen, statistischem Material, Einwirkung auf die verschiedenen Ressorts, für die Propaganda schriftliche Grundlagen herzustellen usw.

#### VII. Rote Hilfe.

In Anbetracht der grossen Belastung, die der Partei durch die Forderung und Propaganda für die Rote Hilfe materiell überweist sie (siehe P. 3) die Agenden der Unterstützung der durch Terror, Reaktion und Klassenjustiz Getroffenen an die R.H. Gleichzeitig appelliert der Parteitag an die Parteigenossen, in der Propaganda unter der Arbeiterschaft für die R.H. nicht zu erlahmen.

#### VIII. Soldaten.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Partei auf die Propaganda in der Wehrmacht, die unerlässlich ist, um den Bestrebungen der Seipelregierung, dieselbe zu einem Werkzeug der legalen Reaktion zu machen entgegenzuwirken. Um die Verärgerung dieser Arbeit herbeizuführen, die Soldatenorganisation auf die Grundlage der Kaserngruppen (Zellen) gestellt und in den Bezirken (Orten), wo Garnisonen bestehen, besondere Funktionäre oder Komitees gewählt oder vom Ausschuss bestimmt. Auch die Verstärkung der Kolportage durch die Kolportagegruppen ist besonders zu achten.

#### IX. Tschechische Sprechgruppe.

Der Verschmelzungsprozess der tsch. Gruppe innerhalb der K.F.D. ist durch fraktionelle Behinderung empfindlich gehemmt worden. Obwohl die nationalistische Ideologie fast gänzlich ausgeschaltet werden konnte. Um die Verschmelzung zu beschleunigen und jedes Misstrauen der tschechisch sprechenden Genossen zu beseitigen, muss eine personelle Berücksichtigung in den Intanzen der Partei im weitestem Mass Platz greifen, und darf dieselbe durch das proportionelle Verhältnis keine Einschränkung erfahren.

#### X. Jugendorganisation.

Der Parteitag beschliesst, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugend und Partei und die Unterstützung der Jugend, die jetzt schon im Allgemeinen zufriedenstellend war, durch Uebergabe der jugendlichen Parteimitglieder unter 22 Jahren an die Jugendorganisation, sowie, in beschränktem Ausmass von Jugendlichen an die Partei, gefördert werden muss. Der Parteitag anerkennt das Recht der Jugendorganisation, auf stimmberechtigte Vertretung in allen Fragen auf der Reichsvertretung und am Parteitag, um sie in alle Rechte, die ihr als Teil der K.F. zustehen, und ihrer Mitarbeit entsprechen, zu setzen.

#### XI. Frauen.

Der Parteitag verpflichtet mit allem Nachdruck alle Instanzen Genossinnen mit Führung von Funktionen zu betrauen oder zur Einführung aller Stützpunktorganisation heranzuziehen, selbst auf Kosten einer vorübergehenden Behinderung. Wo eine Heranziehung von Frauen nicht möglich ist, muss ein Funktionär die Funktionen der Frauenpropaganda neben seinen anderen Funktionen oder selbst ausschliesslich diese zugezogen bekommen.

## R e s o l u t i o n .

Der 6. Parteitag hat zwei prinzipielle Beschlüsse gefasst in Bezug auf die Kassaführung und die Brotdrang-Angelegenheiten der Partei in gegnerischen Blättern zu veröffentlichen.

Unter Bezug auf die Nichtbesetzung dieser prinzipiellen Parteitagesbeschlüsse wurde die durch einstimmigen Beschluss der Reichsvertretung ausgeschlossenenen Tober und Forst durch den Parteivorstand und das von ihm abgesetzte Parteigericht wieder in die Partei aufgenommen.

Der Parteitag stellt fest, dass weder der Parteivorstand noch ein von ihm eingesetztes Parteigericht das Recht hat, Beschlüsse des Parteitages zu brechen. Die ~~Wiederaufnahmebeschlüsse~~ Wiederaufnahmebeschlüsse sind daher ungültig und die Ausschlüsse der Tober und Forst sind daher aufrecht.

Solange die Partei nicht klar erkenntlich von der gesamten litg. Arbeiterschaft und vor der gesamten Arbeiterschaft ohne Scheitern zeigt, dass sie entschlossen ist, die korrupten Elemente aus der Kampfpartei des Proletariats rückhaltlos zu entfernen, solange wird das Odium der Korruption das auf der K.P.G. seit Jahren vor der proletarischen Öffentlichkeit lastet ~~lastet~~ <sup>zu</sup> <sup>beginnen</sup> und ihren Aufstieg dauernd hemmt, nicht ~~welches~~. Die Liquidierung der korrupten Elemente ist eine Voraussetzung für die ~~Entwicklung~~ <sup>Entwicklung</sup> und den Aufstieg der Partei.

## Resolution zum Bericht.

( Eingebracht von der Delegation der Ortsgruppe XXI )

### I. Vom 6. Parteitag bis zur Wahlniederlage

Die Tätigkeitsperiode der Partei vom Zeitpunkt der Verschmelzung mit den Linken bis zum 6. Parteitag wird gekennzeichnet durch einen Aufstieg der K.P. Die auf Grund des Staats des 5. Parteitags durchgeführte Um- und Durchorganisierung der K.P. hat sie befähigt, die schwierigste Periode der Komm. Bewegung in Oesterreich, die Zeit der Massenarbeitslosigkeit während und vor der Inflationsperiode zu bestehen. Die politische Linie war eine äusserst aktive, fand mit der richtigen Anwendung der Parolen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung die konkreten Lösungen, dabei von der Presse, die äusserst aktiv eingestellt war, unterstützt. Die K.P. erwies sich politisch und gewerkschaftlich den Aufgaben gewachsen. In diese Zeit fallen der Eisenbahnerstreik (Gründung des Eisenbahnerblocks) Streifenbahnerstreik, die grosse Arbeitslosenbewegung und schliesslich die Genfer Aktion, die einen Wendepunkt für die Partei bedeutete, da die Aktion bewies, dass die K.P. Oe. nach langer Zeit wieder Anziehungskraft auf breitere Massen der Arbeiter gewann.

Diese, alle Parteimitglieder mit festem Vertrauen und Zuversicht erfüllende Aktivität änderte sich, wie mit einem Schlag mit der Ausschaltung der politisch qualifiziertesten Genossen nach dem 6. Parteitag. Die "Rote Fahne" sank zu einem oberflächlichen Informationsblatt herab, der neue Parteivorstand erwies sich politisch vollkommen unfähig, diskreditierte die Parolen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung, unterliess eine Analyse und aktuelle Stellungnahme zur Seipelsanierung und auch zur sozialdem. Gemeindepolitik. Selbst die spärliche Kommunalpolitik im Reich unterband er aus fraktionellen Gründen. Der Parteivorstand erwies sich unfähig zu einer konkreten konsequenten Gewerkschaftstaktik und schädigte die Partei durch sein Schwanken in der gewerkschaftlichen Haltung. Es sei nur an die widerspruchsvolle Haltung der "Roten Fahne" bei Lohnkämpfen erinnert. Dazu kommt noch die Sabotage des Bergarbeiterblocks usw., usw.

Ein Jahr dieser Politik führte die Partei rasend bergab, und schliesslich in die Katastrophe der Wahlniederlage. Ueberaus unglücklich und verfehlt war die Taktik der Partei in den Wahlen. Bei den Kräfteverhältnissen in Oesterreich, bei der derzeitigen Psychologie der österr. Arbeiterchaft war es unumgänglich, die Taktik der Einheitsfront auch im Wahlkampf anzuwenden. Indem die Parteileitung das unterliess zwang sie das Häuflein Kommunisten zu einem aussichtslosen Frontalangriff gegen einen übermächtigen Gegner, demgegenüber ein Erfolg nur durch eine Umfassung aus der Flanke zu erzielen war. Dieser Verzicht auf die Taktik der Einheitsfront führte zur schweren Schädigung der Partei im Wahlausgang. Mehr noch: der K.P. wurde dadurch über den Wahlkampf hinaus die bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Oesterreich einzig mögliche taktische Waffe für längere Zeit aus der Hand geschlagen. Das ist die Hauptursache, warum die K.P. Oe. heute politisch in einer so schmerzlichen Lage sich befindet. Denn die

grosse Masse der österr. Arbeiterschaft, die vor den Wahlen erwartet hatte, dass die K.P. ein ernstes Angebot zur Einheitsfront machen werde, bringt den Kommunisten, wenn sie heute, nach den Wahlen, von Einheitsfront sprechen unvorstellbares Misstrauen entgegen. Es ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Partei in der nächsten Zeit, dieses Misstrauen wieder abzubauen und zu beseitigen: die Arbeiterschaft muss wieder die Ueberzeugung gewinnen, dass die K.P. ernstlich und ehrlich bereit ist, in jedem Kampf, der für das Proletariat Bedeutung hat, die einheitliche Kampffront des Proletariats herzustellen. Z

Zu dem Fehler in der Wahltaktik kam noch eine Kette weiterer Fehler: Keine positiven Wahlparolen, negative Kritik, manchmal sogar im Schlepptau der Sozialdemokratie, vollständiges Veragen der "Roten Farnen", die sich auf die uralte sozialdem. Phrase "Wahltag ist Zahltag" verlegte, fraktionelle Zusammenstellung der Kandidatenlisten, kein Anutzen der revolutionären Bewegung in Deutschland usw.

Gegenüber dieser Passivität und zeitweise sogar Unfähigkeit mussten sie notwendigerweise in wachsendem Masse Stimmen der Kritik aus der Mitgliedschaft erheben, statt diese Kritik sorgsam zu prüfen, und ihr eine richtige politische und gewerkschaftl. Taktik entgegenzusetzen. Als die Parteileitung keine andere Methode, als die Anwendung von organisatorischen Mitteln, die noch dazu eine Kette von Statutenbrüchen und Gewaltakten waren: Unberechtigte Suspendierungen, üblichliche Anwendung des Illegalitätsparagraphen (§ 50), mechanische Anwendung des Zentralismus, Wiederaufnahme parteischädigender Elemente unter bewusstem krassen Bruch der einstimmigen Beschlüsse des 6. Parteitages, organisierte Terrorisierungen der Mitgliedschaft in verschiedenen Ortsgruppen usw.

Die Vertreter der Internationale haben während der ganzen Zeit die Gesundheit der Partei nicht gefördert; sie haben es verabsäumt, sich allseitig zu informieren und haben durch ihre schwankende, inkonsequente Haltung den Gesundungsprozess gehemmt; sie tragen schwere Schuld daran, dass die Partei zu diesem Tiefstand gesunken ist; sie haben durch ihr Verhalten das Ansehen und die Interessen der Komm. Internationale in der österr. Arbeiterschaft und in der K.P.Ö. geschädigt.

## II. Nach der Wahlniederlage.

Nach der Wahlniederlage kam das Sendschreiben der Internationale: Eine Reichskonferenz sollte zusammentreten. Aber dieses Sendschreiben wurde vom Parteivorstand missachtet u. z. unter bewusster Duldung durch die internationalen Vertreter, statt einer Reichskonferenz trat die alte vollkommen diskreditierte Reichsvertretung zusammen, die rein fraktionell zusammengesetzt war, in der die Stimmen der Kritik aus der Mitgliedschaft hinter der bereits die Mehrheit der Partei stand, nur einen einzigen Vertreter hatte, und wählte das gegenwärtige Parteikomitee. Es war dies das letzte Produkt des alten Parteivorstandes. In Wirklichkeit hat sich darin der alte liquidierte P.V. neuerdings der Zügel der Partei bemächtigt und im grossen und ganzen, wenn auch mit etwas mehr Heuchelei, die alte Linie fortgesetzt.

## III. Zusammenfassung.

Zusammenfassend stellt der Parteitag fest: Die Hauptschuld an dem katastrophalen Niedergang trifft den alten P.V. Er hat die Partei um das politische und gewerkschaftl. Vertrauen bei den Massen gebracht. Indem er die korrupten Elemente stützte, hat er die Partei auch um das moralische Vertrauen bei den Massen gebracht. Indem er schliesslich gegen die Kritik kein anderes Mittel wusste als das der Gewalt, ohne sich dabei an das Parteistatut zu halten, hat er das Vertrauen und die Anhänglichkeit selbst der eigenen Mitglieder zur Partei geschwächt und so tatsächlich die K.P. an den Rand des Abgrunds gebracht.

Resolution zur Zusammensetzung  
des Parteitag.

Wir Unterzeichneten sind auf den Parteitag gekommen, um unter Beiseiteassung aller Exponenten zu einer gesunden Lösung aller die Partei bewegenden Fragen zu gelangen. Eine gesunde Lösung kann aber gefunden werden nur auf einem solchen Parteitag, der auf vollkommen ehrlicher Grundlage aufgebaut ist, auf einer Grundlage, die für alle Mitglieder ohne Unterschied vollkommen gleich ist.

Dieser Parteitag jedoch ist derart zusammengesetzt, dass in einem Gebiete genau gewählt wurde nach dem Statut, nämlich nach den für Oktober, November, Dezember an die Reichskassa tatsächlich abgeführten Beitragsanteilen, während in einem anderen Gebiete unter bewusstem Bruch des Statuts darüber hinaus Delegierte hierher entsendet wurden für Mitglieder, die ihre Pflicht gegenüber der Partei nicht erfüllt haben oder für Mitglieder, die überhaupt nicht existieren.

Mit solcher Geometrie, mit solchem aufgelegten Schwindel Wahlen durchzuführen, das war Sitte unter Badoni und Paválka, in einer kommunistischen Partei aber müssen derartige Methoden unter allen Umständen ausgeschlossen sein, wenn nicht die eigenen Mitglieder das Vertrauen zur Partei vollkommen verlieren sollen. Dieser Parteitag entscheidet über das Schicksal der Partei, darum muss er auf einer ehrlichen, unantastbaren Grundlage aufgebaut werden.

Den Vertretern der Internationale ist all das genau bekannt; mehr noch, sie haben es geduldet, dass vor ihren Augen diese Schwindelmethode durchgeführt wurden und sie haben durch ihr Verhalten die Anwendung der Schwindelmethode sogar gefördert.

Wir Unterzeichneten sind bereit, an einem ehrlichen Parteitag mitzuberaten, mitzubeschließen und seine Beschlüsse unbedingt einzuhalten, aber da nunmehr nach einem Jahre unausgesetzter Unehrlichkeiten gegenüber den eigenen Mitgliedern auch jetzt in dieser kritischen Stunde versucht wird, statt einen ehrlichen Parteitag einen schwindelhaften Parteitag zu inszenieren, erklären wir feierlich:

So lange nicht die Garantien gegeben sind für einen ehrlichen Parteitag, d.h. solange nicht von vorne herein absolut sichergestellt ist, dass diejenigen kein Recht haben mitzubeschließen, die ihre Mandate gründen auf Mitglieder, die ihre Pflicht gegenüber der Partei nicht erfüllt haben, auf Mitglieder, für die der statutenmäßige Beitragsanteil für Oktober, November, Dezember an die Reichskassa nicht abgerechnet worden sind, oder gar für Mitglieder, die überhaupt nicht existieren, die nur am Papier existieren, die nachträglich schwindelhafterweise erfunden wurden - solange sind wir Unterzeichneten nicht in der Lage, an diesem Parteitage teilzunehmen, und nicht in der Lage, seine Beschlüsse als verbindlich für die Partei anzuerkennen.

Wir sind zu Verhandlungen bereit, um die ehrlichen Unterlagen zu einem ehrlichen, unantastbaren, ordnungsgemässen Parteitag zu schaffen.

# Um welche Fragen geht der Parteistreit?

## A. In Politischer Beziehung:

I

### 1.) Die Frage der Wahltaktik.

Ein Erfolg in den Wahlen unter dem damals gegebenen Kräfteverhältnissen war nur zu erzielen durch die Anwendung der Taktik der Einheitsfront, das heißt die Partei musste die Zeit, gerecht unter stärkster Agitatorischer Vorbereitung in den Massen und besonders in den Betrieben öffentlich das Angebot an die S. P. richten, den Wahlkampf gemeinsam zu führen für Lösungen, die jeder Proletarier als notwendig und erreichbar erkannte, die aber so gewählt sein mussten, dass der Kampf selbst für diese Breiten, deren Forderungen die Dinge über sich hinaus in Revolutionärer Richtung vorwärts treiben müssten. Die S. P. Führer hätten als echte Sozialdemokraten diese Forderungen abgelehnt und ablehnen müssen. Die Partei hätte so die Sozialdemokratischen Führer entlarvt. Die S. P. Führung wäre als Sprecher der von den als Massen als Sprecher gewählten Einheitsfront stehenden, die Partei hätte eine großartige Plattform für die Wahlen gehabt. Nur durch diese Taktik, nur durch einen Angriff aus der Flanke, war bei den gegebenen tatsächlichen Kräfteverhältnissen ein Wahlserfolg zu erzielen.

Diese Taktik wurde nicht angewendet sondern die schwere K. P. O. wurde von Tomann Horitschontz in einen Frontalangriff gegen den Übermächtigen Gegner gejagt.

Die Folge davon war eine doppelte:

- 1) Die fürchterliche Wahlniederlage.
- 2) Zweitens die Partei war seither nicht in der Lage die einnigige Taktik die für sie bei ihrer Schwäche möglich ist, die Taktik der Einheitsfront anzuwenden, (darin liegt der Hauptgrund der Politisch so schlechten Lage der Partei.)

Die Arbeiterschaft hatte erwartet dass die K. P. O. vor den Wahlen mit einem Einheitsfrontangebot kommen werde.

Todurch das die K. P. O. das nicht getan hat,

hat sie bei der Arbeiterschaft das Vertrauen verloren, das sie es schließlich mit der Einheitsfront meinen. Und nur dann wird die Taktik der Einheitsfront als das, wozu sie bestimmt ist als Erziehungsmittel, als Mittel die Massen für uns zu mobilisieren, wenn wir endlich das Einheitsfrontangebot machen und die Arbeiterschaft das Vertrauen hat das wir es schließlich meinen.

Wer trifft die Schuld, das die falsche Taktik angewendet wurde? Der alte Parteivorstand Tomann, Heritschauer. Sie waren es, die trotzdem die Mehrheit von Vertrauensmännern und Mitglieder für die Einheitsfronttaktik waren dennoch die falsche Taktik angewendet haben. Sie waren es, die der Kamintern vorgeschwindelt haben, die K. P. O. beeinflussten durch die Gewerkschaftsblocks mehr als hunderttausend Arbeiter. Bei solchen Kräfteverhältnissen war die Kamintern mit Recht der Ansicht eine Partei die mehr als 100.000 Arbeiter beeinflusst könnte selbstständig einen Frontalangriff unternehmen. Aber die Kamintern wurde von Tomann Heritschauer geleitet. Die K. P. O. beeinflusste damals nicht einmal 30.000 Arbeiter.

3.) Mangel jeder klaren Politischen Linie.

II

Zur Führung einer kommunistischen Partei genügt es nicht das Ziel an kennen, die proletarische Diktatur, sondern die Führung einer kommunistischen Partei muss in der Lage sein in dem M. t. währenden Wechsel von Wind und Wetter in der Politik immer wie der ganz konkret sein Kurs zu bestimmen den das Partei-schiff einschlagen muss um das Ziel zu erreichen. Mit einem Wort die Führung einer K. P. muss eine klare politische Linie haben andernfalls kann die kommunistische Partei nicht vorwärts kommen.

Für eine klare politische Linie war beim Parteivorstand Tomann Heritschauer der im Direktorium seine Fortsetzung gefunden hat nicht das geringste zu bemerken. Seit mehr als einem Jahr ist das Partei-schiff auf dem politischen und auch auf dem Gewerkschaftlichen Meer herum bald vorwärts bald seitwärts, bald rückwärts — und meistens rückwärts. Das Fehlen jeder klaren Leitung konnte der Mitgliedschaft und der gesamten Arbeiterschaft nicht verborgen bleiben und so sank das Vertrauen zur

Partei, weil das Vertrauen zur Fähigkeit der Parteileitung fehlte, der Hauptursache des Rückganges der Partei.

In dem Mangel jeder klaren politischen Linie kam wohl dazu die grenzenlose Unfähigkeit der Parteileitung Tomann Karitschauer, fortgesetzt im ihrem Direktorium. Diese grenzenlose Unfähigkeit zeigt sich zum Beispiel darin, dass sie nicht imstande war, während des ganzen Jahres auch nur eine politische Kampagne zu organisieren. Bei man erinnert sich daran, wie sie niemals wusste in welchem Augenblick die Partei hervortreten muss, wie sie immer handelte, wenn es zu spät war oder man immer sich in die Fühler, als die rote Fahne, unter Karitschauer Leitartikeln, auch ist die Arbeiterschaft Österreichs stärker beunruhigt als die Reaktion.

Wie erwähnt ist auch die vollkommenen Passivität der Partei, während Tomann Karitschauer gegenüber den Organisationsfragen im Rückbleiben.

B. In gewerkschaftlicher Beziehung!

D) Mangel jeder klaren Linie in der gewerkschaftlichen Bewegung.  
a. Verhalten Tomann Karitschauer bei der Entstehung der selbstständigen Straßenbahnengewerkschaft.

Für den revolutionären Massenbühnen stand damals folgende Entscheidung: Sollten wir weiter im R. G. F. kämpfen, oder es die R. G. F. will oder wollen wir eine selbstständige Straßenbahnengewerkschaft gründen.

Die revolutionären Massenbühnen erwarteten sich dann von der Gewerkschaftsfront über Tomann Karitschauer hatten nur eine Linie, nämlich diese: Für Tomann Karitschauer wollen bei allen Massenbühnen beliebt sein. Entcheiden wir für die einen, machen wir uns bei den anderen unbeliebt. In folgedessen werden wir beide Teile machen lassen, was sie wollen. Halt auf der Linie der R. G. F. fest zu beharren, stellen sie ihre Spezialarbeitshandwerker als die Einheit der revolutionären Massenbühnen.

Ein Teil von ihnen gründete die selbstständige Straßenbahnengewerkschaft, ein Teil blieb weiter im R. G. F.

Im vorliegenden Falle wäre sogar die falsche Lösung alle hinein.

in die neue Gewerkschaft, richtiger gewesen als die Passivität der Tomann  
Korbhauer, die die Strassenhauer ihrem Schicksal überlassen, um es sich ja  
mit keinem Teile zu verderben.

### 2.) Verhalten in Lohnkämpfen und Lohnverhandlungen.

Seine Lösung bei den Betriebsratkonferenzen und am Verhandlungstisch, in der  
letzten Fabrik aber wieder eine andere. In diesem Zusammenhang kommt immer  
nicht auf die Frage an, welche Lösung die richtige war, ob z. B. bei den Lohn-  
kämpfen der Metallarbeiter die Lösung, die Ricko gab die richtige war oder die  
Lösung der R. F., sondern darauf kommt es an, wenn Kommunisten in  
irgend einem Kampf, in Lohnverhandlungen eingreifen, dann muss ders  
Übervall (in der R. F. im R. G. in Betriebsratkonferenzen, in Gewerkschafts-  
konferenzen, am Verhandlungstisch, in den Betriebsversammlungen, in  
öffentlichen Versammlungen u. s. w.) einheitlich, nach einer Lösung gestrebt  
werden, Abweichungen so weit möglich, aber diese müssen vor der Möglichkeit,  
vor der Schwächung der Partei möglichst begrenzt werden.

Abgesehen von der schwachen Haltung bei der Übergabe von Lösungen  
wurde auch noch, im nur wieder der Fehler gemacht, dass die Lösungen die  
spät eingegeben wurden. Auch in der Gewerkschaftstaktik ist die Partei  
meistens den Ereignissen nachgezogen.

### 3.) Sabotage der revolutionären Bergarbeiterbewegung, Vernach- lässigung der revolutionären Metallarbeiter und Eisenbahnerbewegung.

Gewiss, die Bergarbeiter und Schieferer z. B. sind gewisse wichtige  
proletarische Schichten und gute proletarische Kämpfer, aber jeder Kommunist  
im Österreich ohne Unterschied muss erkennen, dass die revolutionären Schichten im  
Österreich sind: Die Metallarbeiter, die Bergarbeiter und die Eisenbahner.

Für diese 3 Schichten beeinflusst hat der russische revolutionäre Einfluss im  
Proletariat. Die Hauptenergie der gewerkschaftlichen Taktik muss daher  
darauf gerichtet sein, gerade diese 3 Schichten wirksam zu beeinflussen und  
zu gewinnen.

Was sehen wir statt dessen? Sabotage gegenüber der revolutionären Bergarbeiter-  
Bewegung, Vernachlässigung der revolutionären Eisenbahnerbewegung, vor allem  
aber die revolutionäre Metallarbeiterbewegung. Bei der gegenwärtigen  
Lage der Partei muss die Hauptkraft unserer gewerkschaftlichen Energie in  
erster Linie auf die Metallarbeiter, in zweiter Linie auf die Bergarbeiter  
und Eisenbahner geworfen werden.

### 4.) Nicht eine einzige wirklich funktionierende Betriebsfunktion wurde geschaffen.

Mehr als ein Jahr hatten die Tomanen Keritschauer Zeit. Sie hatten den ganzen  
Parlamentarismus, den ganzen Gewerkschaftsapparat, den ganzen Parteiparat  
und trotzdem gibt es heute in Oesterreich in keinem Betriebe eine einzige  
wirklich funktionierende Betriebsfunktion. Das liegt nicht an den  
Kommunisten im Betriebe, oben zu einer wirklich funktionierenden Betriebs-  
funktion gehört ist immer die ernsteste Betriebswille der Massen im Betriebe,  
sondern daran, dass auch die fortgesetzte Unterstützung der Betriebsfunktion  
durch die gewerkschaftliche Führung und deren heut is absolut gescheitert.

5) Der unüberwindliche Konflikt im Gewerkschaftsrat, zu der wichtigste  
Konflikt im ganzen Ministerium überhaupt ist die Frage des Betriebsrates  
zwischen Gewerkschaft und Staat.

Wie hat der Betriebsrat seinen Ausgang genommen. Der  
damalige Parteivorstand hat sich verhalten da, bei der Bildung der Kommissare, dass  
in der Art die Gewerkschaftsorganisation der Arbeit untergeordnet sein muss,  
also auch die kommunikativen Beziehungen im Gewerkschaftsrat und zwar  
sogar die Beziehungen der Gewerkschaft im S. B. die Mehrheit hat. Was wurde  
jeweils zur Lösung, zur Klärung der Sache. Der Gewerkschaftsrat darf  
für niemanden ein Bollwerk sein, von wo aus er die Partei gegen diese  
Herrschaft ableiten könnte.

Die damalige S. B. Minderheit Hermann Keritschauer stand auf dem  
Entscheidungspunkt, aber sie hätte sich das klar zu sagen.  
Es gelang aber nicht, der Gewerkschaft hinter verschlossenen Türen.  
Als die Tomanen mit Hilfe ihres Komptenars Sturath, die neuen  
Kommunisten, die damals die Internationale beschuldigten, die  
Kont. — In die Parteivorstandssitzung am 20. 11. 33, wo die  
den Anträgen der S. B. vorgegriffen wurde, antwortete er ihnen, dass  
Protokoll veröffentlicht: wenn er auf dem letzten Parteitag einen Antrag  
darangetragen hätte, so ist das im Sitz, an dem ich zu 90% beteiligt bin.  
Niemand hätte ihn die Kräfte von Moskau her bekommen zur Zeit. Es  
ist ihr von der Komintern bekommen, wenn nicht ich in Moskau  
gewesen wäre. Man hätte zu mir gekommen, und wenn ich nicht so  
schlecht verstanden wäre, so war ich es ebenfalls, aber nicht zu gesund. Das  
was sagt genug. Und dieser Schwächling hat den Schwächling nach der  
Töchlenerlage fortgesetzt. Wieder kam er seinen Schwächling Tomanen  
Keritschauer mit einer Beschuldigung der Komintern zu Hilfe. Er hat  
hätte die Unterwerfung seiner Reichsorganisation zur Wahl eines neuen Parteivorstand

Der Schweizerischen Vereinigung (die man sich bei der Zeitung gewöhnt) zu versammeln, in der Thomas Karischkinn von 28 Mitgliedern 25 Fraktionisten hatte und diese wählten dann seinen Stellvertreter, was die Minorität zur Minorität geworden so als Vertreter der Mehrheit gewählten den General Sekretär heranzunehmen um vor der Internationalen und der Arbeiterschaft ein Zeugnis zu geben. — Aber als die Partei mit Hilfe der Schweizerischen Vereinigung im Jahr 1923 die Mehrheit in der Partei gewann, da wir stillen wir nicht klar auf den Standpunkt, die Gewerkschaftspraxis ist die Partei unabhängig. Diese von der Minorität, Minorität gegenüber Minorität ist die Mehrheit. Gewerkschaftspraxis der Partei untergeordnet unabhängig davon ob die Thomas Karischkinn die Mehrheit in der Partei hat oder nicht, die unterwerfen die Partei und kleineren selbstbeständlich zu sein, die wollen die Partei zu führen, dann sie stellen sich die Partei in die Mehrheit, die die Partei kommen werden, wenn man weiß, dass es nicht mehr die Mehrheit in der Partei hat (kollektiv sie das Ziel, sondern die ganze Partei, ganz in einem Sinne und haben) kollektiv sie die aktivsten Gruppen der Gewerkschaften und repräsentieren die Minorität, die Mehrheit der Gewerkschaften der Partei in der so wichtigen Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaft und Partei.

Die Partei hat anfangs, April, auf der Sitzung der Landesleitung festgestellt und angenommen, dass die Mehrheit auf der Konferenz der Internationalen die nach dem letzten Parteitag (1924) stattgefunden hat, gesagt hat: lassen wir die Mehrheit, ziehen wir uns auf die Gewerkschaftspraxis um von da an die Partei zu unterwerfen.

Man sieht sich die wahre Stellung an: Ein Teil, so die Mehrheit, die Gewerkschaftspraxis, die Gewerkschaftspraxis mit der die Minorität in der Mehrheit sind, die Mehrheit in der Partei zu stehen, wenn sie aber in der Minorität sind, die Mehrheit dort einzunehmen, welche Gruppe in dieser Frage spiegelt sich auch in folgenden Worten: Die Mehrheit, die Mehrheit, ziehen die Frage ein, die die Minorität in der Partei hinein.

Der Konferenz am 27. III. die über "Parteienverhältnisse" sprach, sollte "Umstellung der Partei auf die Gewerkschaftspraxis" werden die Mehrheit, die Mehrheit.

Es wurde dann nach der Kritik der Opposition ein "Druckfehler" berichtet aber dennoch wurden die Angelegenheiten zu dieser Konferenz von Leber (Gewerkschaftskriterien) mit der Blockstrategie des vor- gewerkschaftsblocks ausgestellt. Als Gegenmaßnahme wurden die ganze unkontrollierbaren Blockstrategie (?) gemacht und noch zahlreiche sehr unlegitime Maßnahmen ausgestellt! Ist das nicht auch ein Druckfehler?

6.) Die Betriebszellen sollten die Kernzellen folgendermaßen organisieren. Es sollen 2 Betriebszellen gewählt werden, ein politischer und ein gewerkschaftlicher, so sagt es vorläufig in der Beschlusseigenen Arbeit.

Darüber hinaus Syndikalismus und er vollkommen zu der Revolution der Arbeiter, die ausdrücklich sagte: Das Büro oder die Verwaltung der Zelle sollte die Arbeit unter sich. Es bestimmt Gruppen für die Verwaltung und Fortbildung der Mitglieder der Zelle, für die Leitung der Propaganda, einen Gruppen für die Gewerkschaftsbauarbeit, einen Gruppen für die Leitung der Arbeit der Arbeiter im Betrieb... (siehe Zepher 24 vom 1/10/29)

7.) Die Arbeit Kommissare sollten nicht nur Betriebszellen und Streikzellen sein, sie sollten auch noch Branchenzellen! Davon steht nichts das geringste Wort in der Resolution der Kommissare.

Es ist ein reinster Syndikalismus reinster Charakter, der einen Vorschlag von Organisationen schaffen würde, die weder politisch noch gewerkschaftlich vollständig wäre, und das alles was fraktionellen Gruppen ein sich die Kinder mit dem Namen der Zelle der Partei überlassen zu können.

C. In organisatorischer Beziehung

1.) Politische Auswirkung des Antikommunismus

2. Bestimmen der Kandidaten für Parlaments- und Landtags- Gemeinderatswahlen ohne die Mitglieder auch nur einen ihrer Wünsche zu befragen, ja, ohne sie anzuhören! Hier steht nicht die von uns bestimmte Kandidaten schluckte Lösung einer Angelegenheit

Obwohl wichtiger ist folgendes Beispiel: Die in der die organisierte Umstellung der Partei auf die Betriebszellen der Mitglieder anzuhören, ohne ihnen einen Namen zu machen, die Mitglieder dafür zu gewinnen und ohne die Mitglieder die Möglichkeit zu geben, diese Stellung zu nehmen. Keine Partei, die sich nicht konfrontiert, keine Kammerkommission, kein Wiener Landtagswahltag, obwohl er fällt ist! Die Resolution der Kommissare über die Frage wird einfach nicht veröffentlicht. Erst unter dem Druck der Opposition wird wohl die erste Resolution der

der Kammer veröffentlicht, über die zweite, die Durchführungsresolution wurde nicht veröffentlicht und von der ersten Resolution wird der letzte Absatz nicht veröffentlicht. Es sind also das nicht veröffentlicht, worin die Kammer gerade die Frage besetzt, um welche in dem Bericht der Kommission geht. Nämlich die Frage, in welchem Sinne die Umstellung auf die Betriebszellen zu erfolgen hat. Unter dem Druck der Opposition gerückt durch das Direktorium (von Kurath to K. Gnaden) schließlich doch auch in Mitglieder Versammlungen zu gehen um über die Frage zu sprechen, aber sie erklären vorher in einem Rundschreiben, das sie bereits verheißt haben, das sie auf alle Resolutionen der Mitglieder pflegen. (Steht es doch in dem Rundschreiben: „das Direktorium wird sich durch die Resolutionen einzelner Legationarien nicht leiten lassen - schade nur dass diese einzelnen Resolutionen die Mehrheit der Mitglieder repräsentieren.“)

2) Bekanntes Misstrauen der Wiener, das Willens, die Beschlüsse der Vikarionsmänner und Mitglieder. Beispiel:

a) Der Beschluss der Vikarionsmänner in der Hinsichtlich wurde von Kommissar K. nicht mitgeteilt ( sie haben sich sogar um den Beschluss der Mehrheit ihres B. nicht gekümmert. Ja, wenn früher kann in die Lage kommen, sich über die Beschlüsse der Vikarionsmänner hinwegzusetzen - aber dann hätten sie vor der Person sitzen müssen und die Vikarionsmänner überzeugen müssen dass sie, die K. so richtig gehandelt haben. Was aber, haben die K. gemacht? Sie haben die Wiener Vikarionsmänner in Wien, die darüber sprechen wollte, dass die Ereignisse in Pestabland immer für die Wähler ausgeübt werden sollten, einfach rausgeschickt. Warum? Nein, weil sie nicht die Mehrheit hatten und, was zu verhindern, dass das zum Vorhinein kommt, was ihnen wichtiger als die bessere Vorbereitung der Wähler.

b) Das Verhalten in der Kandidatenfrage, wo die Mitglieder nicht einmal gefragt wurden, welchen Kandidaten sie vorschlagen oder was sie gegen die von der Leitung vorgeschlagenen Kandidaten einzusetzen hätten.

c) Das Verhalten in der Betriebszellenfrage wie oben geschildert.

3) Bekanntes falsche Information der Internationale über die Kräfteverhältnisse.

Der Bericht der Gen. Block wurde auf über 100.000 ausgegeben. Der Zweck, war, auf diese Weise die Internationale vorzuspiegeln, dass erfolgreiche Wahlen der K. zu welchen Folgen das führt (nämlich zu falschen Urtheilungen der Internationale zu Folge der falschen Berichte) dass zeigt die Wahlverhältnisse. Die Partei ist verpflichtet, der Internationale in allen Dingen die absolute Wahrheit zu sagen, namentlich dort, wo es sich um die Kräfteverhältnisse handelt, weil nur so kann die Internationale gut beraten werden.

4.) Die Umstellung der Partei auf die Betriebsellen geschieht aus faktionellen Gründen

Die Umstellung der Partei auf die Betriebsellen geschieht nicht deshalb, weil die Mitglieder so ho überzeugt sind, dass der öst. Partei in ihrem jetzigen Bestande damit geholfen wird, sondern weil sie darin das beste verwerfliche Mittel sehen, um ihre Herrschaft in der Partei zu verlängern, trotz dem sie die Minderheit sind. Sie wissen genau, dass die Umstellung, wie sie sie wollen, zu einem Chaos führen muss. Gerade dieses Chaos wollen sie, um schwindeln zu können, Betriebe, wo sie ihre Anhänger haben, rasch zusammenzufassen, <sup>in</sup> diesen Betrieben aber, wo die Opposition ihre Anhänger hat, zu warten, und so die Mehrheit für den Parteitag zusammenzuschwindeln. Die organisatorische Umstellung auf die Betriebsellen ist ein so ernstes Akt, dass er jenseits alles Fraktionsstreites steht. Hier geht es um die Existenz der Partei. Ein so kranker Körper, wie die öst. Partei ist, kann nicht mit einem Ruck umgestellt werden, es muss ein behutsam vorgegangen werden. Es muss gründlich über die Frage diskutiert werden, es muss ein Statut vorgelegt werden, das konkret sagt, was es will. Es müssen konkrete Übergangsmaßnahmen ausgearbeitet werden und zur Diskussion gestellt werden. Statut und Übergangsmaßnahmen müssen vom Parteitag beschlossen werden. Sie werden beschlossen werden. Über die Durchführung muss langsam, behutsam, vorsichtig, planmäßig, schrittweise erfolgen und zwar unter Leitung <sup>von</sup> dem Vertrauen der größten Mehrheit getragenen P. V. und nicht unter der Leitung eines Diktators, was zu dem 90% der Partei nicht einen Funken Vertrauen hat.

5.) Belügen der Mitglieder

Fortgesetzt wurde behauptet, dass das Direktorium von der Komintern bestätigt wurde. Es hat dann herausgestellt, dass kein Brief von der Komintern eingelangt ist, der das Direktorium bestätigt hätte. Erst jetzt, da das Direktorium von der Komintern abgesetzt ist, da hat die Komintern selbstbestimmt ihnen erlaubt, die Geschäfte zu führen, bis der vom Parteitag gewählte Partei Vorstand ein neues Sekretariat eingesetzt hat.

6.) Fortgesetzte Durchbrüche des Statuts.

Die Statuten sind die Verfassung der Partei. Die Verfassung, die wir uns gegeben haben, darf nicht bloss ein Totbuch sein, wie es die Verfassung für die Herbergler war, sondern alle Mitglieder und auch die Leitung sind daran gebunden. Wenn die Parteileitung fortgesetzt die Statuten durchbricht, verbricht sie die Grundlage auf der die Partei ruht, das Vertrauen der Mitglieder zur Parteileitung und dadurch zur Partei.

7.) Statt die Vertrauensmänner und Mitglieder zu schulen und sachlich aufzu-  
klären, suchten die T. T. jeder sachlichen Auseinandersetzung aus.

Sie verhindern so die Klärung der Streit, und verhindern zugleich die geistige Klärung  
 der Vertrauensmänner und Mitglieder. So kommt es, dass sich, so lange die Klärung  
 erhalten konnte, es geht im Parteistreit nicht um sachliche, sondern um  
 persönliche Differenzen.

## D. Die Reinheit der Partei

Die Frage, ob im Führen der Partei (H. T.) persönlich sein besteht, ist nicht eine  
 bloß persönliche Angelegenheit, sondern es ist auch eine reinseitig parteipolitische  
 Angelegenheit. An der Spitze einer H. T. können nur Menschen stehen, die von  
 Sachlichen nicht bloß aus moralischen, sondern vor allem aus politischen  
 Gründen, weil die Partei niemals das Vertrauen der Massen gewinnen kann,  
 wenn an der Spitze der Partei oder auch nur in verantwortlichen Funktionen  
 Menschen stehen, die einem selbst überwind aus der großen Sphäre des vornehmlichen  
 Materials ausgenommen, die bereits absolut bewiesen sind

1) von Formosa und Töber ist bewiesen.

a) Töber, aus Geldern der Partei, hinter dem Rücken des P. V., ohne dessen Ein-  
 stimmung, ohne dessen Wissen einen geheimen Fond gegründet haben, aus welchem Töber  
 in der Zeit als die ausländischen Parteien unaufklärungslos, ohne Zustimmung  
 und ohne Wissen des P. V. aus diesen diesen Parteien ausgezahlt hat.

b) als die Parteileitung darauf kam, und dem Töber gewisse Töber zur Rück-  
 zahlung verhielt, da sprang er vor, dass die Revolutions-Revisionskommission  
 der Partei von dem geheimen Fond, wenig ihn tatsächlich kontrolliere, und die  
 mit Kompagnie und Unternachst in dem Buch, dass er führe, bestätigt habe.

Die spätere Kritik in dem Buch hat die Unwahrheit dieser Behauptung  
 bewiesen. Die Parteivorstände Formosa war dem Parteikamer Töber bei dieser  
 Verpfehlung, beläufig, in dem er, der Mitwisser und Mitbegründer der Kompa-  
 gnierhand in das Buch hinein, stempelte, kontrolliert, wahrenschab. Formosa  
der Formosa

a) Der Parteikamer Töber hat sich trotz Aufforderung durch 2 1/2  
 Tage geweigert, dem P. V. Bücher, Belege abzugeben. 2 1/2 Tage  
 später Töber verschwunden, er hatte während dieser Zeit Wien verlassen,  
 trotz des Befehles des P. T. sofort mit Bücher, Belegen, und Geldern vor dem P. T.  
 zu erscheinen. Auf die Frage, wo er während dieser Zeit war, blieb Töber zunächst  
 lang die Antwort schuldig und sagte, er könne sich nicht erinnern. Schließlich gab er



die Parteilosigkeit nicht wagen, ihre selbstverständliche Pflicht den Reich in revolutionäre durch ein Blatt oder Flugblatt zu <sup>auszuführen</sup> zu erfüllen. Die Parteilosigkeit ist ihnen beschleunigt fallen. Ich ist unverständlich beschränkt vorstimm Rechtfertigung zu ziehen. Dabei war an alles andere gedacht als an den Ausschuss. Sondern es sollte ein Beispiel vorstimm gezeigt werden, dass ein dummer Verhalten die Aktion zu lähmen, daher gezeigt werden müsste und in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfte. Kann hätte jedoch vorstimm, der P. P. wollte von ihm eine Rechtfertigung, der ihm in die Räume der Parteilosigkeit und drohte: Wird die Parteilosigkeit ihm das geringste tun würde, wird er zur Arbeitszeitung, zum Kampf und immer gehen <sup>und</sup> in Gutachten über die H. P. zur Veröffentlichung übergeben. Diese Drohung hat vorstimm einige Tage später wiederholt. Es ist klar, wie Partei, die gegen diejenigen die solche Drohungen ausstößt, nicht auf den Kopf geht, nicht über den Kopf, sondern auf sich selbst, dass sie tatsächlich Partei auf dem Kopf hat.

Es ist klar, dass einer Partei, die solche Drohungen ausstößt, unbekannt bleibt jeder Mitglied ähnlich stehen könnte ohne irgend etwas befristet zu seinen Reich den Reich, in der Partei, aber kann auch ihm nicht gelehrt. Umso weniger, als ja die Partei doch Partei auf dem Kopf haben muss, nach solchen Verhalten. Es ist schließlich klar, dass kein Mann nicht wie derartige Drohung ausstößt, dass er ungenügend aus der Partei ausgeschlossen zu werden.

Partei muss aus der Partei ausgeschlossen werden. Nicht aus revolutionären Gründen, sondern damit jeder weiß, die H. P. hat nichts zu fürchten. Wer ein Revolutionsist ist, muss hinaus aus der Partei, aber die Partei als solche ist ein und einheitlich. Das muss jeder Kommunist, jeder Arbeiter sehen, wissen, fühlen.

### Die Korruption und die Forderung der Partei

Ohne Liquidation der Korruption in der Partei ist eine Forderung der Partei unmöglich. Die Liquidation der Korruption muss so gehen, dass die gesamte Partei besetzt fühlt, die H. P. macht Schluss mit den zweifelhaften Elementen die jahrelang in der Partei nur gelebt haben vom Mangel an Beweisen. Komrade revolutionäre, Arbeiter bleiben lieber in der H. P., sie sehen zwar die Politik der H. P. führen ist selbst aber die Führer haben wenigstens keine Hände. Von der H. P. stinkt die Korruption seit Jahren auf Kilometer Entfernung in die Hand. Von dieser Partei wollen sie nichts wissen. Erst die Liquidation der Korruption schafft überhaupt die Voraussetzung, dass wir durch <sup>politische</sup> richtige eine richtige Politik, durch eine richtige gewerkschaftliche <sup>taktik</sup> taktik der Führer der Massen gewinnen können.

Einmal mit Komrade Tola vorstimm. Nicht mit den Korruptionisten!

Seite: 18  
Klber. mit der Korruption! Fortwärt zur Gründung zum Aufstand zum, Aufbruch der Partei!

## E. Der Niedergang der Partei und seine Ursachen.

### 1) Der Niedergang der Partei.

Der Niedergang der Partei ist fürchterlich. a) Die Zahl der Mitglieder betrug nach der Genfer Aktion über 70.000. Heute zählt die Partei rund 4000 zahlende Mitglieder. Die wahre Mitgliederzahl speziell wird erst eine gründliche Überprüfung ergeben. Denn das Direktorium von Gnaden Kurath hat einen furchtbaren Streich getrieben am Kündigungsmandat zu ergreifen.

b) Die rote Fahne hatte nach der Genfer Aktion 10.000 Abnehmer. Heute zählt sie kaum 3.000.

c) Das furchtbarste aber ist die Einbuße am Vertrauen und an der Sympathie der Massen und vor allem am Vertrauen, an der Liebe und an der Anhänglichkeit in der eigenen Mitgliedschaft.

### 2) Was ist die Hauptursache im dem Niedergang der Partei?

Der Schweindler Kurath sagt: die Fraktionskämpfe. Es gibt viele Menschen, die mit demselben Argument operieren um ihre persönlichen Absichten besser zu machen. Es gibt aber auch ehrliche Arbeiter, die in der Tat glauben, die kurath'sche Auffassung sei richtig. Diese Genossen müssen aber etwas gründlicher denken. Und vor allem zu Ende denken. Die Opposition innerhalb der Partei, die sich zur Mehrheit ergewinnen hat, ist die notwendige Folge der falschen kurath'schen Taktik auf polit. und gen. Gebiet.

Die lange Dauer und Schärfe des Fraktionskampfes hat gewiss die Partei sehr geschädigt, aber an dieser langen Dauer und Schärfe trägt einzig und allein Schuld der Schweindler Kurath, da die Internationale hochwürdelt, litroge und irreführt hat und so die richtige Entscheidung der Internationale, seinen hinterzügen halten musste, bis ihn endlich doch die richtige Überbrückung erreichte. Der Fraktionskampf ist nicht die Ursache, sondern die Folge. Die Führung der Partei wird falsch geführt, ohne diese führt sie sich politisch und gewerkschaftlich total unbehilflich wie es sei so die Partei bergab kommen musste und nicht hat immer mehr bergab kommen — und weit wiederum der Schweindler Kurath jedes richtige Eingreifen der Internationale: hinterzügen musste — deshalb musste sich eine Opposition in der Partei gegen diese Führung bilden um dem fraktionellen Tölpel und unklugen Absichten der Partei in Ruhe zu setzen. Ist denn Komintern hat mich Fraktion lange in dem von der Partei gegünstigt, um ein Komintern 100% zu sein und die, und Fraktion hat nicht nur eine Erklärung gegünstigt um diese Komintern System gemacht zu

... beide aber haben sich vereinigt, um eine politische fähige Parteilosung  
zu erzwingen, aber auch nur der geringsten politischen Grund angeben zu können.

Und weil diese Leitung ihre Fehler nicht nur nicht einsieht, sondern sich  
trotz alledem mit allen möglichen erlaubten und unerlaubten Mitteln  
sich zu halten weilt und heute noch hält, darum müsste es zur Opposition  
gegen diese Schandwirtschaft kommen.

Der Treibkernkampf ist die Folge. Die Ursache ist die falsche und lenken-  
lose Politik. Die Ursache gilt es zu beseitigen.

Nicht den Kopf in den Sand stecken! Nicht ganzenkneifend werden! Sondern  
Kopf in die Höhe und klar und scharf bis zu Ende denken!

Was sind die sachlichen Differenzen?

Was will man sachlichen Differenzen, das für die Partei wichtig?

Das heißt zu prüfen und abzuwägen, die im Interesse der Partei das wichtigste  
wahr ist, alles zu unterstützen, das ist die selbstverständliche Pflicht  
gegenüber den Kommunisten, jeder Kommunisten, das es mit der Partei schick  
und ernst meint.

Passivität in dieser Frage, mag sie auch den üblichen Vorwürfen  
entgegen ist, objektiv Unterstützung der Korruption, Unterstützung  
des politisch und gewerkschaftlich unfähigen, trotzdem sie die Unfähigkeit  
nicht

Schleudert mit der Passivität!

Prüfen, die das wichtige für die Partei wollen, die sollen auch werden  
die Partei wirklich gesunden. Diese muss jede Kommunisten unterstützen

An die Arbeit! Die gesunden Elemente in der Partei müssen  
sorgen! Vorwärts zur Gesundheit der Partei! Vorwärts zum Aufbau, zum  
Aufstieg der Partei!

## Nachschrift.

Soeben erfahren wir, dass die oesterreichische Frage neuerdings vor eine Kommission kommen soll. Wenn das wahr ist, so bitten wir die Kommission wirklich gerecht zusammenzusetzen damit nicht diejenigen, die seit einem Jahr an der Partei herumgepfuscht haben und durch ihre Pfscherei wesentlich zur Verlaengerung und Verschärfung der Krankheit beigetragen haben und die ein großes Interesse haben, dass ihre Kurpfuscherei nicht zu Tage kommt, in der Kommission das ausschlaggebende Wort haben. Wir meinen die fünf Vertreter des verflossenen Jahres, Albrecht, Miljutin, Neurath, Max und Dimitrof, aber auch den Genossen Landler, der aus dem Hintergrund heraus hinausgesetzt an der Partei herumgepfuscht und schliesslich auch den Genossen Strasser.

---